

Elbinger Volksstimme

Die Zeitung erscheint jeden Wochentag
Bezugspreis in Elbing frei Haus
vierteljährlich 4.80 Mark, monatlich
1.60 Mark; bei den Abholstellen 4.20
bzw. 1.40 M. Einzelnummer 15 Pfg.
Anzeigenpreis: einseitige Petit-
zeile 45 Pfg., im Reklameteil 1.50 M.

Organ der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei
für Elbing und Umgegend

Publikationsorgan der Freien Gewerkschaften

Schriftleitung und Geschäftsstelle:
Elbing, Spieringstr. 21. Fernruf 1071.
Bankkonto: Deutsche Bank, Elbing.

Anzeigenannahme für die nächste
Nummer bis spätestens 11 Uhr vorm.
Größere Anzeigen am Tage vorher.

Nr. 51

Sonnabend, den 20. Dezember 1919

1. Jahrgang

Was der Tag bringt

50 000 Klagen gegen Wilhelm den Letzten. Aus Paris wird den P. P. R. gemeldet: Wie das Journal telephonisch aus London erfährt, hat der Generalstaatsanwalt Sr. Gordon Heward erklärt, der Prozeß gegen den gewesenen Deutschen Kaiser werde unausgesetzt in der eifrigsten Weise vorbereitet. Alle gegenteiligen Gerüchte seien aus der Luft gegriffen. Indessen erfordere die Arbeit der Experten viel Zeit. Man habe bisher schon mehr als 50 000 Klagen und Erklärungen hindurchgesehen. Es sei keine Rede davon, daß irgendwelche Unentschlossenheit den Prozeß in Frage stelle.

Tolle Pläne. Als einen neuen Weg zur Beseitigung der Finanznot schlägt Gothein in B. L. eine Verdoppelung des Kohlenpreises vor, der auch dann nur den sechsten Teil des Weltmarktpreises betragen würde. Dem Reiche würden aus dieser Erhöhung insgesamt 9 Milliarden Mark erwachsen. Die gesamte Kohlenförderung einschließlich des Kohlenhandels müßte zu diesem Zwecke vertrustet werden. Den breiten Schichten der Bevölkerung sei ein Ausgleich durch Heraushebung des einkommensteuerfreien Existenzminimums zu gewähren.

Ein Zentrums-Parteitag. Ende Januar, spätestens Anfang Februar, jedenfalls einige Tage vor Wiederbeginn der Verhandlungen der Nationalversammlung, wird ein Reichsparteitag des Zentrums abgehalten werden.

Papiergelddruckerei entdeckt. Die Berliner Kriminalpolizei hat eine Fälschmünzwerkstätte entdeckt und ausgehoben, in der Fünfundzwanzigmarkstücke hergestellt wurden. Nicht weniger als 350 000 angefangene Fälschstücke, also für 17 1/2 Millionen falsches Geld, wurde beschlagnahmt, ebenso die Platten und andere Druckwerkzeuge. Die Fälscher wurden festgenommen.

Aufruhr in der amerikanischen Armee. Aus Amerika kommen zahlreiche Nachrichten über eine starke Unzufriedenheit in der amerikanischen Armee. Offiziere und Mannschaften seien bei der herrschenden Teuerung mit ihrem Sold nicht zufrieden. Auch wird seitens der Mannschaften über schlechte Behandlung durch einen Teil der Offiziere geklagt.

Neue Kommunistenprozesse in Budapest. In Budapest begann der Prozeß gegen die Terroristen Karl Sturz, Arpad, Kerekes, Lejr und Ludwig Kovacs, die an den verschiedenen Provinz-Expeditionen Szamuelys teilgenommen haben. Sturz wird wegen 65 „Mordtaten“ und 2 Fällen von „Raub“, Kerekes wegen 15 „Mordtaten“ und 9 Fällen von „Raub“, Kovacs wegen 5 „Mordtaten“ und 6 Fällen von „Raub“ angeklagt.

Aus Budapest wird weiter gemeldet: Am 15. Dezember begann vor dem Budapestser Strafgerichtshof die Hauptverhandlung wegen Ermordung des Artilleriehauptmanns Mildner. Der Staatsanwalt erhebt wegen dieser Tat gegen Dinnens sowie gegen den geflüchteten Terroristen Polonizer Anklage wegen des „vollführten Mordes“, gegen den geflüchteten, jetzt in Karlsruhe (Niederösterreich) internierten Bela Kahun wegen „Anstiftung zum Mord“ und gegen weitere sieben Kommunisten wegen „Mitschuld am Mord“.

Vor dem Generalfreistreit in Belgien? In Belgien, wo seit kurzem die Bergarbeiter streiken, wird den Journal des Debats zufolge, nunmehr die Lage sehr ernst. Der Streik stehe im Begriff, allgemein zu werden.

Die Heizer und Mechaniker hätten die Arbeit verlassen. Mehrere Gruben drohen zu ersaufen. Der Berichterstatter behauptet, die Bergarbeiter seien ohne Anfristung in den Streik getreten, und die Grubenbesitzer beabsichtigen, Widerstand zu leisten, da erst im September Lohnerhöhungen bewilligt worden seien.

Aus Brüssel wird weiter gemeldet: Das Wirtschaftsministerium hat im Zusammenhang mit den Streiks die Verteilung der Steinkohlen übernommen. Es teilt mit, daß mit den Steinkohlenlieferungen aus Deutschland nicht zu rechnen sei, da Deutschland statt der vereinbarten 1 750 000 Tonnen der Entente nur 700 000 Tonnen monatlich liefern könne. Die belgische Regierung werde die Ausfuhr nach dem Auslande sperren. Es seien Maßnahmen getroffen, um das Ersaufen der Minen zu verhindern. Zum Schutze der Arbeitswilligen sollten Truppen aufgebunden werden.

Die Forderungen der Bergarbeiter zielen auf eine Alterspension von 2 Francs täglich, einen achttündigen Arbeitstag, eine 25prozentige Lohnerhöhung für Arbeiter, die in den Gruben arbeiten, und eine 15prozentige Lohnsteigerung für Arbeiter, die an der Oberfläche tätig sind.

Das Ergebnis einer Astlochsucherei. Der aus dem Gengenbacher Franzensbad-Astlochprozeß unsterblich gewordene badi-sche Zentrumsführer und Landtagsabgeordnete Seubert hat jetzt wieder von sich reden gemacht. Er beklagt gegenwärtig das Amt eines Bahnvorwärters der Station Rippenheim im Vahrer Bezirk. Von dort berichtet man die Eitenheimer Zeitung:

„Bei einer Hausdurchsuchung auf Lebensmittel wurden beim Landtagsabgeordneten Seubert im Abort versteckt aufgefunden: 303 Rilo Gerste und 77 Rilo Halbwaisen. Auf dem Speicher wurden 8 Zentner Kartoffeln entdeckt. Die Lebensmittel sind beschlagnahmt.“

Vor kurzer Zeit ist auch bei einem anderen führenden Zentrumskollegen des Herrn Seubert, dem katholischen Pfarrer Rödel, Redakteur in Bihl-Stadt, ein außerordentlich großer Vorrat von Lebensmitteln entdeckt worden. Beide Abgeordneten haben im Landtag zum Fenster hinaus gegen das schreiende Unrecht der ungenügenden Ernährung des arbeitenden Volkes gewettert. Nun haben sie gezeigt, wie hoch der Nahrungsmittelbestand für einen Pfarrer nebst Köchin und einen Bahnvorstand ohne Kinder normal beschaffen sein muß.

Absetzung Venekins. Venekin ist, wie die lettlandische Zeitung Baba Maa in Reval aus zuverlässiger Quelle erfährt, seines Amtes enthoben worden. Zum Oberbefehlshaber der Weißen Truppen in Südrussland wurde General Baron Wrangel ernannt.

Entlarbung der Lügenbrut

Zu den Kautsky-Akten.

Von Walter Dohme - Berlin.

Endlich nach mehr als neunmonatlicher Verzögerung hat sich die Regierung entschlossen, der Öffentlichkeit die Akten zu übergeben, die die Vorgeschichte und Geschichte des Kriegsausbruchs darstellen. Zwar fehlt noch immer einer der wichtigsten Teile — nämlich die Akten über die entfertene Vorgeschichte des Weltkrieges, ohne die man sich eigentlich ein völlig einwandfreies Urteil über die Schuld oder Nichtschuld der einzelnen Regierungen am Kriege nicht bilden kann. Diese Akten werden zurzeit noch von Professor Mendelsohn-Bartholdy bearbeitet und erscheinen erst später. Die vorliegende Sammlung, die vier Bände umfaßt, erstreckt sich vom Attentat von Serajewo bis zur Kriegserklärung Oesterreich-Ungarns an Rußland. Das Aktenmaterial ist im wesentlichen vom Genossen Kautsky gesammelt und zusammengestellt worden und wenn es auch eine große Ungehörigkeit bleibt, daß man dem Genossen Kautsky die Beendigung seiner einmal begonnenen Arbeit entzogen hat, so muß doch für die Zuverlässigkeit der Akten-Darstellung die Tatsache in Anspruch genommen werden, daß die Herausgeber erklären, aus rein sachlichen Gründen, wie aus solchen der äußeren Zweckmäßigkeit wenig an der Kautskyschen Sammlung geändert zu haben. „Diese Sammlung stellte sich ihnen bei unbefangener Betrachtung als sorgfältig durchgeführtes Unternehmen dar, das durch wesentliche Änderungen nur an Wert hätte verlieren können.“

Da der Genosse Kautsky auf Ersuchen der Regierung zur Kontrolle der Korrekturbogen die Aktenammlung einer Nachprüfung unterzogen hat und die vorgenommenen Änderungen gutgeheißen hat, so muß die Aktenammlung für uns zunächst als einwandfrei gelten, da an der Wahrheitsliebe und Objektivität des Genossen Kautsky nicht der geringste Zweifel bestehen kann. Wenn also in den Akten, wie sich aus der Aufzählung der Telegramm-Nummern ergibt, einzelne Telegramme fehlen, so birgt der Name Kautsky's dahinter, daß es sich dabei um unwesentliche Nebensächlichkeiten handelt, die an dem Wesen des Bildes nichts ändern und zu seiner Klarheit nichts beitragen konnten.

Die Regierung hätte also, wenn auch nach unverantwortlichem neunmonatlichen Zögern, das unendlichen Schaden für das deutsche Volk angerichtet hat, endlich ihre Pflicht getan, wenn sie nicht durch Mittelchen versucht hätte, das zu verhindern, was durch die Akten-Beröffentlichung erreicht werden sollte, nämlich die Aufklärung der Öffentlichkeit über die Schuld des kaiserlichen Regimes. Nach der Methode, die Akten einfach zu verheimlichen, was es nicht mehr gegangen, also versuchte man es auf eine andere Art. Schon als die österreichischen Aktenstücke veröffentlicht wurden, die die Schuld der deutschen Regierung einwandfrei nachgewiesen, hatte man diese neue Methode mit Erfolg angewendet. Den österreichischen „diplomatischen Aktenstücken zur Vorgeschichte des Krieges 1914“ war durch den Bearbeiter Dr. Gohs sogleich ein Buch beigelegt: Das Wiener Kabinett und die Entstehung des Weltkrieges, in dem alle Schuld in tendenziösester Weise von der deutschen Regierung auf die österreichische abgewälzt wurde. Dies Beginnen war zwar lächerlich, denn selbstverständlich konnte kein gewissenhafter Geschichtsforscher aus den österreichischen Akten allein das Maß der Schuld der deutschen Regierung feststellen. Aber zur Treführung der Öffentlichkeit waren sie immerhin ausreichend. Herr Gohs bemüht sich in seinem Buche, alles für Deutschland belastende Material zu entkräften, deshalb stellt man den österreichischen Botschafter in Berlin, den Grafen Szogyeny, dessen Berichte nach Berlin äußerst belastend für die deutsche Regierung sind, als einen ausgemachten Trottel hin, und er war es doch nicht mehr und nicht weniger als die andern auch. Aber man begnügte sich in Deutschland nicht mit diesem Buch. Nicht nur, daß man der Presse zuerst das Buch, und dann erst die Akten oder diese überhaupt nicht übergab, man fügte auch dem Buche noch einen Waschzettel bei, auf dem all die Dinge hervorgehoben waren, die die deutsche Regierung entlasten konnten, die belastenden aber verschwiegen waren. Und man ließ extra Herr Gohs aus Wien kommen, damit er bei der Veröffentlichung der Akten die versammelten Pressevertreter rechtzeitig im Sinne der Regierung beeinflusste, was denn auch gründlich geschah. Die Folge war, daß die deutsche Presse von den Aktenstücken wimmelte, die man bei bösem Willen als eine Entlastung der deutschen Regierung ansprechen konnte, während die belastenden sorgfältig verschwiegen wurden. Die ganze deutsche Presse schob fast einmütig die Schuld auf die böse österreichische Regierung, und das Ausland sah mit Staunen das altbekannte unehrliche Treiben der deutschen Politik auch in der neuen deutschen Republik. Die Regierung wußte nun sehr wohl, daß die Veröffentlichung der deutschen Aktenstücke die Mär von der alleinigen Schuld Oesterreichs zerflören würde. Deshalb begann nunmehr dasselbe Spiel. Man übergab der Presse am 9. abends die Akten und dazu einen Waschzettel, der einige Aktenstücke enthielt, die den Friedenswillen der deutschen Regierung beweisen sollten, nämlich eine Warnung des Fürsten Bichnowsky, des Botschafters in London, die serbische Frage nicht zu überspannen. Der Waschzettel verschweigt aber wohlweislich, daß man in Berlin den Fürsten Bichnowsky für

einen ausgemachten Trottel hielt, der sich von den Engländern habe einwickeln lassen und dementsprechend seine Berichte behandelte. Der Waschzettel veröffentlicht weiter eine Beschwerde des Reichskanzlers an den Kaiser über vorlaute alldeutsche Hezereien des deutschen Kronprinzen. Der Waschzettel verschweigt, daß diese Warnung sowie andere des Kanzlers nicht etwa sich gegen die friedensgefährdende Agitation als solche richteten, sondern lediglich zu verhindern suchten, daß die Kriegsabsichten der deutschen Regierung allzu deutlich bekannt würden; hatte doch auch in diesem Sinne der Kanzler vom Kaiser gefordert, daß er seine Nordlandreise nicht verschöbe, um die Welt nicht vorzeitig zu alarmieren. Der Waschzettel veröffentlicht zwei Vermittlungsvorschläge der deutschen Regierung nach Wien, verschweigt aber, in welcher unerhörten Weise die deutsche Regierung alle englischen Vermittlungsvorschläge sabotiert hat. Ja, selbst die Kriegserklärung an Frankreich, die den ungeheuerlichen Schwindel der Bombenabwürfe französischer Flieger auf Nürnberg und Karlsruhe enthält, diese Fälschung, die längst überall aufgedeckt ist, scheint der deutschen Regierung gut, im Waschzettel zur Entlastung des alten Regimes beizutragen. Zwei Berichte der bayerischen Gesandtschaft in Berlin, die gar nicht zu den Akten, sondern zu einer Anlage gehören, werden ebenfalls beigelegt; alle wichtigen belastenden Dokumente werden der deutschen Presse verschwiegen. Die Regierung entschuldigt sich damit, daß ja niemand den Waschzettel zu benutzen brauche. Aber sie kennt die Sensationswut der bürgerlichen Presse nur zu gut, um zu wissen, daß all die Blätter, die ja am nächsten Morgen aus Konkurrenzneid möglichst viel Material aus den Akten ihren Lesern vorführen wollten, sich des Waschzettels bedienen würden, und die Blätter haben es denn auch getan. Die Regierung hat den Zweck ihrer Schiebung erreicht. Nicht die wahrhaften Schuld Dokumente sind bisher veröffentlicht, sondern die entlastenden Aktenstücke. Damit nicht zufrieden, lud die Regierung am 10. die Pressevertreter zu sich und ließ ihnen durch den Grafen Montgelas, dem Mitherausgeber der Akten, einen Vortrag halten, in dem dieser die Akten angeblich erläuterte, mit Fachausdrücken, Zahlen und Daten um sich werfend, den verblüfften Pressevertretern die deutschen Unschuldswesen vorführte, indem er alle belastenden Momente sorgfältig umging, die nicht zu umgehenden zu vertuschen und zu entstellen suchte, und da, wo beim besten Willen nichts zu entschuldigen war, dem bösen Willen zuschrieb, der eine Schuld der deutschen Regierung herauslesen wollte. So zerstört die deutsche Regierung selbst ihr Werk der Wahrheit, indem sie mit allen Mitteln von neuem versucht, die Öffentlichkeit über die deutsche Schuld irrezuführen.

Warum das geschieht? Man ist der Ansicht, daß allein der Nachweis der deutschen Unschuld eine Basis für die Revision des Friedensvertrags darstellen kann. Wir wären damit einverstanden, wenn es eine solche Unschuld gäbe. Da es sie aber nicht gibt, da sie nur durch Verzerrungen, Fälschungen und Irreführungen konstruiert werden kann, so halten wir diesen Weg für fehlerhaft und sind der Ueberzeugung, daß allein das ehrliche Bekenntnis zur Wahrheit dem deutschen Volke in der Welt neues Vertrauen erringen und somit die moralische Grundlage für die Revision des Friedensvertrages schaffen kann.

Politische Rundschau

Deutschland

Marloh und die Nationalversammlung

Am Beginn der gestrigen Freitagssitzung kam es zu lebhaften Zusammenstößen zwischen unseren Genossen und Roste. Zur Beratung stand eine Anfrage der unabhängigen Abgeordneten Kunert und Henke über den Marloh-Prozeß, die die Aussage des Hauptmanns Schwabacher zum Gegenstand hat, wonach Roste Listen aufgestellt haben soll, die unabhängigen Abgeordneten festzunehmen, die sich an den Umständen beteiligen. „Inwieweit und seit wann“, so fragen die beiden Interpellanten, „ist die Regierung über dieses Vorgehen des Reichswehrministers unterrichtet und was gedenkt sie zu tun, um die gefährdete Immunität der Mitglieds der Nationalversammlung sowie Freiheit und Leben schuldloser Staatsbürger sicherzustellen?“

Reichswehrminister Roste erwiderte auf die Anfrage: Nach dem von verbrecherischen Elementen verursachten Aufstand im März in Berlin, der mit verursacht worden war durch den von den Unabhängigen proklamierten politischen Generalfreist, der den Sturz der Regierung bezweckte, und nach der wahnwitzigen Räteherrschaft in München, die erst im Mai beseitigt werden konnte, ist in Wort und Schrift weiter zum Bürgerkrieg gehegt worden. (Großer Lärm bei den Unabhängigen, lebhaftes Hört, hört!) Die Freiheit vom 11. Dezember hat festgestellt, daß sich Teile der Partei der beiden Fragesteller von der gewaltsamen Taktik der Kommunisten nicht ganz ferngehalten haben (Stürmisches Hört, hört!), lebhafter Widerspruch bei den Unabhängigen.) Am 8. Juni habe ich an wenige Dienststellen eine Instruktion erlassen, der erste Satz lautete: „Für alle Fälle des erneuten Aufstandes befehle ich: Der Aufstand ist mit allen zu Gebote stehenden Mitteln so schnell wie möglich niederzuschlagen.“ (Sehr gut! Lärm bei den Unabhängigen.)

Im zweiten Absätze habe ich angeordnet, daß während der Dauer des Aufstandes die Personen, die an dem gewalttätigen Sturz der Regierung mitwirken, sofort festzunehmen seien. (Lebhafte Zustimmung der Bürgerlichen, erneuter Lärm bei den Unabhängigen.) Gegen solche Festnahme schützt die Immunität auch den Abgeordneten nicht. (Pfeiferei und Zwischenrufe bei den Unabhängigen, Zustimmung bei den übrigen Parteien.) Es ist damit nur eine Selbstverständlichkeit ausgesprochen worden. (Sehr richtig! Lärm bei den Unabhängigen.) Der eine der beiden Fragesteller, der Abg. Henke, hat sich, da er dies anscheinend auch für selbstverständlich hielt, schleunigst in Sicherheit gebracht, als die Regierung durch Truppen der Bremer Schreckensherrschaft ein Ende machte. (Weitere stürmische Proteste bei den Unabhängigen.) Es ist von mir verfügt worden, daß der Erlaß in allen seinen Teilen erst auf einen besonderen ausdrücklichen Befehl in Kraft gesetzt werden sollte. Das ist zum Glück bisher nicht erforderlich gewesen. Ein Befehl zur Aufstellung von Listen der Personen, die festzunehmen wären, ist von mir nicht erteilt worden. Die Instruktion vom 8. Juni ist im Wortlaute der gesamten Reichsregierung vorher nicht mitgeteilt worden. (Hört, hört! bei den Unabhängigen.) Es handelt sich um eine militärische Maßnahme, für die ich allein die volle Verantwortung trage. (Zuruf bei den Unabhängigen: Diktator Noske! Lachen.) Die Immunität von Mitgliedern der Nationalversammlung, die sich an verbrecherischen Unternehmungen nicht beteiligen, ist nicht gefährdet. (Ärmliche Kundgebungen bei den Unabhängigen. Zurufe: Unverschämter Kerl, unverschämter Patron, erregte Gegenrufe bei den übrigen Parteien, neue Zurufe bei den Unabhängigen, Lachen.) Darüber besteht kein Zweifel. (Abgeordnete Frau Zieg: Daß Sie ein Mörder sind! Sehr richtig! bei den Unabhängigen. Lachen bei den übrigen Parteien.)

Bizepräsident Loebe: Dieser Zuruf widerspricht der parlamentarischen Ordnung. (Zurufe rechts: Das tut Frau Zieg überhaupt immer! Stürmische Heiterkeit.) Ich rufe Frau Zieg zur Ordnung. (Beifall.)

Reichswehrminister Noske: Darüber besteht kein Zweifel. (Frau Zieg: Daß sie ein Mörder sind! Gelächter.) Jedenfalls ist die Regierung fest entschlossen, jedem Versuche, durch Aufstand oder durch andere gewalttätige Mittel Frieden und Leben friedlicher Staatsbürger und die Sicherheit der Republik zu gefährden, mit rücksichtsloser Entschlossenheit entgegenzutreten. (Stürmischer Beifall, Pfeiferei und Lärm bei den Unabhängigen.)

Untergemeinte Illusionen

Die vom letzten Sozialistentag (Einigungssozialisten) eingesezte Bierzechnerkommission hat einstimmig beschlossen, einen allgemeinen deutschen Sozialistentag einzuberufen. Er soll etwa 14 Tage nach dem süddeutschen Sozialistentag, der in der ersten Hälfte des Januar stattfinden wird, tagen. Die Einigung der Zentralstelle für die Sozialdemokratie ist zur Teilnahme aufgefordert worden, ebenso sollen sämtliche Parteileitungen und Gewerkschaftsvorstände eingeladen werden. Der einzuberufende Sozialistentag soll für die kommende Wahl einen Versuch machen, einen sozialistischen Wahlblock gegen die Reaktion zu ermöglichen.

So notwendig die Einigung gegen die Reaktion auch uns erscheint, so unmöglich erscheint uns leider auch die Verwirklichung dieses Planes. Die Voraussetzung wäre doch, daß die rechtssozialistische Partei erst selbst einmal aufhört, ein Hort der Reaktion zu sein. Das ist leider nicht zu erhoffen, so wenig zu erwarten ist, daß sich diese Partei zu unseren Grundsätzen bekennt und daß sie mit den Sozialverrätern und Revolutionshebern aufräumt. Die letzten Vorgänge in dieser Partei beweisen das Gegenteil. Mit ihr unter solchen Umständen ein Wahlbündnis zu schließen, hieße das reine Banner unserer Partei beschmutzen.

Die Gefahr in Ostpreußen

Was alle ehrlichen Politiker voraussehen, ist eingetreten, die aus dem Baltikum zurückkehrenden Truppen sind zu einer Gefahr für die deutsche Republik geworden. Obwohl man immer behauptet, daß sie über das ganze Land verteilt würden und deshalb keinerlei Gelegenheit zu reaktionären Putschversuchen hätten, muß festgestellt werden, daß trotzdem in Ostpreußen in großen Verbänden die rückkehrenden Baltikum-Truppen sich sammeln. Noch kürzlich wurden unter ihnen Aufrufe verteilt und auch in der reaktionären Presse verbreitet, in denen erklärt wird, daß die Truppen es auch ferner für ihre Pflicht halten, die alte Ordnung (ließ: das Kaiserium!) in Deutschland wieder herzustellen und der Spartakistenherrschaft (Bauer? Schmidt? Noske?) ein Ende zu bereiten. In Ostpreußen hat man sich auf ihr Kommen aufs sorgfältigste vorbereitet. Es herrscht Aufstandsstimmung wie im Jahre 1812 und der General York, der damals zu den sogenannten Befreiungskriegen aufrief, soll heute der Herr von der Goltz sein, der in Verbindung mit dem General Hoffmann im Geheimen in Ostpreußen und Westpreußen die reaktionäre Aufstandsbewegung organisiert. An alle deutschen Bauern sind längst Waffen in genügender Menge verteilt und das Signal zum allgemeinen Aufstand Ostpreußens, der mit einer Loslösung vom Reiche beginnen wird, kann täglich erwartet werden.

Um die eigenen Pläne zu verschleiern, inszeniert man das Geschrei einer angeblichen Gefahr, die durch den Einfall der Litauer und Letten droht. Obwohl diese Feinde der Bolschewisten sind, denunziert man sie dennoch als bolschewistische Gefahr und die gefährlichsten Helferschreie der ostpreußischen Bevölkerung vor dem andrängenden Bolschewismus sollen das Waffengeräusch der Vorbereitungen für den reaktionären Putsch überlöhnen. Die deutsche Regierung läßt sich bluffen, wie sie sich 1918 durch die Herren der antibolschewistischen Liga irreführen ließ, die die bolschewistische Gefahr erfannten, um desto ungeförter ihre reaktionären Treibereien im Baltikum fortführen zu können. Herr Winnig, der sogenannte Sozialdemokrat, begrüßte kürzlich in einer Versammlung der Deutsch-nationalen Volkspartei als Referent die heimkehrenden Truppen. Er und Herr Minister Heine fordern, daß die Truppen in Ostpreußen bleiben und den Grenzschutz übernehmen.)

Ganz so plump-ehelich ist die Reichsregierung nicht. Sie gibt sich den Anschein, als ob sie im Gegensatz zur preußischen Regierung stände und den Rücktransport der Truppen wünsche, aber die Anzeichen mehrten sich, daß die Reichsregierung dem Drängen der preußischen Regierung gar zu gern nachgeben und die Truppen als sogenannten Grenzschutz in Ostpreußen belassen wird. Die Regierung wird nicht eher zur Einsicht kommen, als bis die plündernden Horden das deutsche Land verwüsten werden.

Der Gipfel der Gemütsroheit

Die deutsch-nationalen Pressefiskus haben schon während des Krieges aufs wülfeste gegen die Linksparteien gehetzt; den Gipfel der Schamlosigkeit haben sie aber erst nach der Revolution erklimmt, als der Zusammenbruch des deutschen Heeres und der Monarchie sie ins Unrecht und damit in schäumende Wut versetzte. Welche Gefühlsroheit und Niedertracht die Presseforsaren des konterrevolutionären Gedankens aufzubringen vermögen, beweist eine Besprechung des Marloh-Freispruchs im Berliner Hauptorgan der Deutsch-nationalen, der Post. Dort wird ausgeführt, daß Marloh die Matrosen nicht nur erschießen durfte, sondern sogar erschießen mußte. Marloh gebührt „Dank“. Denn, so heißt es in dem monarchistischen Schmugblatt:

„Die bei weitem größere Mehrzahl der Erschossenen waren ausgekochte Verbrecher. Daß die menschliche Gesellschaft von ihnen befreit wurde, kann man nur mit Genugtuung begrüßen. Sage mir, ob du bei der Volksmarineinfanterie bist, und ich sage dir, wer du bist.“

Die Freiheit hatte über den Fall einer unglücklichen Witwe berichtet, die durch Marloh ihren einzigen arbeitsamen Sohn verloren hat, als er hinging, um sich die letzte ihm zustehende Röhnung abzuholen, weil seine Mutter einen neuen Kochtopf brauchte. Die unglückliche Frau wird von demselben Blatt in einem Artikel verhöhrt, der als Spitzmarke die Ueberschrift hat: „Mutter braucht einen Kochtopf“. Der deutsch-nationale Gemütsmenschen schreibt:

„Es ist ein wahres Unglück, daß dem Kriegsgesetz, das den Prozeß Marloh verhandelte, von diesen Umständen noch nichts bekannt war. Oberleutnant Marloh wäre dann schwerlich freigesprochen worden. Wenn Mutter einen neuen Kochtopf braucht, muß die Prüfung der „Schadenersatzansprüche“ unbedingt beschleunigt werden!“

Und dieses fittlich verkommene und verrohle Gesindel schmäh die Revolution und möchte das deutsche Volk durch Wiederaufrichtung der Monarchie wieder mit dieser ihrer verworfenen Gesinnung als der herrschenden „beglücken“!

Die Rote Fahne gegen Putzche

Nach der Aufhebung des Belagerungszustandes erscheint in Berlin wieder das Zentralorgan der Kommunisten, die Rote Fahne. In der ersten Nummer ist ein Aufruf an das Proletariat Berlins enthalten, in dem es heißt:

„Der Belagerungszustand hat uns schwere Wunden geschlagen.

Das freie Wort hat man uns genommen, unsere Stimme ward nicht gehört. Wir mußten gehetzt und infert durch das Land flüchten. Unsere Organisationen wurden von außen zerlegt, von innen vielfach von Spiegeln zerstört. Unklare Wirrwöpfe und unverantwortliche Schwächer haben unbewußt das Werk fortgeführt. Nur zwei Monate größere Freiheit werden dem Spud der Zersplitterung und der Unklarheit ein Ende machen.

Arbeiter! Genossen! Aber gebt euch keiner Täuschung hin. Der Belagerungszustand wird wieder kommen und bald. Die Gegenrevolution kann ihn nicht entbehren: sie braucht ihn wie Lebensluft. Für sie ist jeder Tag seines Fehlens ein Verlust, für uns ein Gewinn. Sie wird ihn wieder herbeizuführen suchen mit allen Mitteln und nicht zuletzt mit dem der Provokation.

Es wird nur Wochen dauern und die Provokateure werden wieder unter euch sein, wie im Januar, wie im März.

Darum sagen wir euch: Wer euch jetzt zu Putzchen, zu bewaffneten Aufständen, wer euch jetzt zur gewalttätigen Zerstörung von Maschinen usw. auffordert, der ist ein Agent der Gegenrevolution.

Weißt ihn von euch! Arbeitet für die Kraft und die Klarheit der Partei! Haltet Disziplin!

Keine Putzche! Keine Krawalle! Hinweg mit den Provokateuren und Spiegeln.

Wir werden euch rufen, wenn die Stunde gekommen ist!“

An diesem Aufruf ist die bestimmte und unzweideutige Ablehnung der Putschaktion bemerkenswert. Sie wird aber die Blätter der Rechten und die Regierungspresse nicht abhalten, immer wieder Alarmnachrichten über geplante kommunistische Putzche und spartakistische Verschwörungen in die Welt zu setzen. Regierung und Gegenrevolutionäre brauchen ja die von ihnen angezettelten „Spartakisten-Putzche“ so notwendig, um damit immer wieder ihre Gewaltpolitik gegen die revolutionäre Arbeiterschaft „rechtfertigen“ zu können.

Rußland

Menschewiki und Sowjetregierung

Der Kampf der Weltreaktion gegen Sowjetrußland hat zu einem Zusammenschluß der sozialistischen Parteien Rußlands im Kampf gegen den äußeren Feind geführt. Wie die Berliner Tagwacht meldet, erließ das Moskauer Komitee der Menschewiki — die politisch die erbittertesten Feinde der Bolschewiki sind, gegen deren terroristische Methoden sie sich hauptsächlich deshalb wenden, weil die Bolschewiki, als stärkste Arbeiterpartei, auch ohne Terror an der Macht bleiben würden — einen Aufruf an die Mitglieder der menschewistischen Partei, in dem es heißt, daß es beschlossen habe:

„Auf Grund der Beschlüsse des Zentral-Komitees und der allgemeinen Mitglieder-Versammlung der Moskauer Organisation beschließt das Moskauer Komitee:

... Alle Mitglieder der Moskauer Organisation und das ganze Proletariat aufzufordern, in die Reihen der „Roten Armee“ und in die freiwilligen Fabrik-Kartells, die der Moskauer Sowjet organisiert, einzutreten. — Eine Mobilisierung aller Mitglieder der Moskauer Organisation zu Dienstleistungen für die Rote Armee und zur Agitation für die Verteidigung der Revolution an und hinter der Front anzuordnen. Zu diesem Zwecke werden alle Mitglieder aufgefordert, sich registrieren zu lassen. Eine speziell gewählte Kommission wird beauftragt, auf Grund des durch die Enttragungen vorliegenden Materials ein Verzeichnis aller Parteimitglieder, die mobilisiert werden können, anzufertigen. Dieses Verzeichnis muß vom Moskauer Komitee bestätigt werden. — Dasselbe Komitee wird beauftragt, mit dem Verteidigungs-Kommissar der Stadt Moskau, dem revolutionären militärischen Rat und anderen Organen in Verbindung zu treten, um die Fragen, die mit der Durchführung der Parteimobilisierung zusammenhängen, zu besprechen. — Alle mobilisierten Mitglieder der Moskauer Organisation müssen in ihrer Tätigkeit den Direktiven der Parteiorgane Folge leisten.“

Die Einigkeit des russischen Proletariats für den Kampf gegen die Jarenkonspiranten und ihre ententistischen Hintermänner ist also gewährleistet.

In und um Elbing

Elbings Arbeiterschaft übernimmt die Stadtverwaltung

Der 19. Dezember war ein historischer Tag. Um 5 Uhr nachmittags trafen die neugewählten Stadtverordneten zu ihrer ersten Sitzung zusammen. In der stattlichen Zahl von 29 Vertretern marschierte die U. S. P. auf. Außerdem zogen 5 Rechtssozialisten und 4 Vertreter der Angestellten in das Stadtparlament ein. Es waren in der Hauptsache neue Männer und zum ersten Male gab auch das Erscheinen von vier weiblichen Stadtverordneten der Versammlung eine besondere Note. Mit Spannung wurden hauptsächlich von bürgerlicher Seite die neuen Stadtverordneten der Linken gemustert. Wer Gelegenheit hatte, die wiedererziehenden bürgerlichen Stadtverordneten zu beobachten, der wird gesehen haben, wie verschiedene mit höhnischen Mienen den kommenden Dingen entgegen sahen und allem Anschein nach erwarteten, daß nun ein wülfes Durcheinander entstehen würde. Aber schon gleich nach der Wahl des Vorstehers mußten sie sich überzeugen, daß sie verkehrt kalkuliert hatten. Und sie werden wohl alle im Laufe der Zeit bekennen müssen, daß die neuen Männer der Linken auch einen neuen Geist und den Willen mitbringen, zum Wohle der großen Gesamtheit im Stadtparlament Arbeit zu leisten. Der Verlauf der Verhandlung gestaltete sich folgendermaßen:

Um 5 Uhr erschien Oberbürgermeister Dr. Merten und mit ihm die Vertreter des Magistrats. Der Oberbürgermeister begrüßte dann die neu- oder wiedergewählten Stadtverordneten. Er betonte im besonderen, daß der neuen Stadtverordnetenversammlung schwierige Aufgaben bevorstünden. Sie wäre eine andere, als die früheren. Die Arbeiterschaft, Elbings größte Bevölkerungskategorie, habe sich bei dieser Wahl den Einfluß gesichert, der ihr gebühre. Sodann verpflichtete er gesetzmäßig sämtliche Stadtverordneten. Genosse Perschon wurde nun als ältester Stadtverordneter mit dem Vorsth beauftragt und die Bildung des Vorstandes vorgenommen. Die Linke schlug als Stadtverordnetenvorsteher den Geschäftsführer der Elbinger Volksstimme, Genossen Franz Rudnigki vor, während die Rechte den früheren Stadtverordnetenvorsteher, Herrn Justizrat Diegner, präsentierte. In der vorgenommenen geheimen Abstimmung erhielt Genosse Rudnigki 38 und Herr Justizrat Diegner 19 Stimmen, während drei Zettel unbeschrieben abgegeben waren. Zum stellvertretenden Vorsitzenden wurden die Herren Zech (Rechtssozialist) und Fabrikbesitzer Schiller (Dem.) vorgeschlagen. Die Abstimmung entschied für Zech, der 37 Stimmen erhielt. Als erster Schriftführer erhielt Genosse Franz Harardt 39 Stimmen, während Herr Raffel 4 Stimmen erhielt. Fräulein Krause (Angestelltenliste) erhielt bei der Wahl zum zweiten Schriftführer 38 Stimmen, während 22 Stimmzettel unbeschrieben waren.

Als zweiter Gegenstand der Tagesordnung kam die Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung zur Durchberatung, an der einige kleine Änderungen vorgenommen wurden. Im Anschluß daran wurde zur Abteilungsbildung geschritten. Die Linke gab für sämtliche vier Abteilungen einen geschlossenen Vorschlag ab, der das Stärkeverhältnis der Fraktionen in jeder Abteilung zum Ausdruck brachte. Der Stadtverordnetenvorsteher Rudnigki richtete an die bürgerlichen Stadtverordneten das Ersuchen, sich freiwillig für die ihnen geeignet erscheinende Abteilung zu melden. Während bei den übrigen Abteilungen sich dieses glatt vollzog, gestaltete sich die Zusammenfassung der ersten Abteilung etwas schwieriger, weil 17 Meldungen vorlagen und nur 16 davon in Betracht kamen. Das Präsidium, das hierüber entschied, wurde von Herrn Nitsch in heftiger Weise angegriffen und der Parteilichkeit beschuldigt. Man mußte sich wundern, daß der Stadtverordnetenvorsteher Herrn Nitsch wegen dieser Anrempelung nicht einen Ordnungsruf erteilte. Nachdem sich die Abteilungen gebildet hatten, zogen diese sich zur Wahl ihrer Vorsteher zurück. In der ersten Abteilung wurde Herr Zech (Rechtssozialist) Abteilungsvorsteher, stellvertretender Vorsteher Genosse Grunwald; in der zweiten Abteilung Herr Graska (Angestelltenliste), Stellv. Genosse Recht; in der dritten Abteilung Genosse Lange, Herr Rosig (Rechtssozialist) Stellvertreter; in der vierten Abteilung wurde Genosse Köhler Vorsteher, Stellv. Genosse Wiewrodt.

Vom Magistrat wurde dem Stadtverordnetenvorsteher ein Schreiben übermittelt, das dieser der Versammlung bekannt gab. In diesem stellten die bisherigen unbesoldeten Stadträte der Versammlung ihre Ämter zur Verfügung, erklärten sich aber bereit, bis zur Neuwahl ihre Posten zu versehen. Auch wurde der Versammlung die Mitteilung gemacht, daß Herr Stadtrat Loewe vom Minister bestätigt ist. Nach einer kleinen Anfrage des Herrn Ligowski betreffs Ausschreibung der Verpachtung des Gasthauses Bogelsang, welche vom Herrn Oberbürgermeister Klärend beantwortet wurde, ergriff Stadtverordnetenvorsteher Rudnigki das Wort. Seine Ausführungen zum Schluß dahin aus, daß, wenn auch die Gegenstände einmal aufeinander prallen sollten, diese sachlich ausgefochten werden möchten. Immer werde für die neue Stadtverordnetenversammlung das Wohl der Stadt und „das Interesse der Allgemeinheit oberstes Gesetz sein. Mit dieser Erklärung wurde die Sitzung kurz nach acht Uhr geschlossen.

Die Gefahren der Steigerung

der Lebensmittelpreise

Die Absicht der Regierung, durch Gewährung hoher Prämien die Vieherzeugung der Landwirte so zu heben, daß die Ernährung der Bevölkerung im laufenden Erntejahr gesichert ist, wird eine neue gewaltige Steigerung der Preise für landwirtschaftliche Erzeugnisse hervorrufen, durch die gerade die auszeichnende Ernährung der Masse der wertfähigen Bevölkerung sehr gefährdet wird. Schon heute für die neue Stadtverordnetenversammlung das Wohl der Stadt und „das Interesse der Allgemeinheit oberstes Gesetz sein. Mit dieser Erklärung wurde die Sitzung kurz nach acht Uhr geschlossen.

Jede Verteuerung der Lebensmittel, insbesondere die beabsichtigte Verteuerung der notwendigen, Brot und Kartoffeln, muß deshalb die stärksten Bedenken hervorrufen, solange nicht für eine entsprechende Heraushebung der Löhne der Arbeiter und Angestellten gesorgt ist. Ohne diese vorherige Anpassung der Löhne ruft die Steigerung der Preise die Gefahr der dauernden Degenerierung der Arbeiterklasse hervor.

Wir haben bereits mehrfach dargelegt, daß es deshalb die dringendste Aufgabe einer weitschauenden Sozialpolitik

wäre, dafür zu sorgen, daß der Reallohn durch Preissteigerungen keine Minderung erfährt, sondern daß die Löhne den Preisen angepaßt werden müssen. Die Absicht der Regierung, neue Preissteigerungen für agrarische Erzeugnisse einzuführen, ruft die Gefahr neuer Lohnkämpfe hervor, gefährdet die Tarifvertragspolitik bei Gewerkschaften und bringt eine gewaltige Unruhe in die Produktion.

Auf diese Gefahren bei der Verwirklichung der Absichten der Regierung macht die Berliner Verwaltungsstelle des Deutschen Metallarbeiterverbandes in einer Eingabe an den Reichsarbeitsminister aufmerksam. In ihr wird gefordert:

„daß in gemeinsamer Beratung zwischen Regierung und den Organisationen der Arbeitnehmer und Arbeitgeber Tarifvertragsentwürfe ausgearbeitet werden, die eine den bestehenden Wirtschaftsverhältnissen entsprechende Entlohnungsform vorsehen. Nach unserer Meinung müßte die Entlohnung im Tarife als eine zeitweilige vorgesehene werden. Der eine Teil die stabilen Lohnsätze des Vertrages enthaltend; der zweite Teil als relativer betrachtet, je nach der Preisfestsetzung des täglichen Bedarfs von Zeit zu Zeit herauf und herabgesetzt werden können. Dazu wäre allerdings die Schaffung einer Körperschaft notwendig, die in der Lage und mit den nötigen Machtbefugnissen ausgerüstet sein müßte, diese Festsetzung des relativen Teiles der Entlohnung vornehmen zu können. Die Regierung ist unserer Ansicht nach verpflichtet, nicht nur einseitig die Preise der Lebensmittel und anderer Bedarfsgegenstände festzusetzen, sondern auch verpflichtet, bei einer Heraufsetzung der Preise auch eine Erhöhung des Lohnneinkommens der Arbeiterschaft zu garantieren.“

Wir bitten, zu einer Vorbesprechung in dieser Angelegenheit uns einem dem Herrn Arbeitsminister genehmen Termin anzugeben.“

Diese Schlussfolgerung des Metallarbeiterverbandes deckt sich vollkommen mit dem, was wir mehrfach gefordert haben. Die Regierung hat nun zu zeigen, ob sie nur die geborene Dienerin der Agrarier ist oder auch dafür sorgen will, daß die Verelendung der Arbeiterklasse nicht weiter fortschreitet.

Baukostenzuschüsse und Häuserpekulation

Der Minister für Volkswohlfahrt hat in einem Erlaß die Regierungspräsidenten ersucht, die Gemeinden darauf hinzuweisen, daß bei Durchführung des Beihilfeverfahrens durch Aufnahme entsprechender Grundbuchlich zu sichernden Bestimmungen in die mit den Bauherren abzuschließenden Verträge Maßnahmen getroffen werden, welche eine Spekulation mit den aus öffentlichen Mitteln unterstützten Wohnungsbauten verhindert. Die Verträge der Gemeinden sollen künftig vor Auszahlung der Zuschüsse in dieser Hinsicht einer genauen Prüfung unterzogen werden.

Wie verheizt man Torf?

Für die zweckmäßige Verheizung von Torf in Öfen und Herden ist folgendes zu beachten:

Man unterscheidet Stichtorf und Preßtorf (zumeist Maschinentorf), letzterer ist im allgemeinen dichter, schwerer und heizkräftiger wie Stichtorf. Der Heizwert des Torfes ist sehr verschieden und hängt hauptsächlich vom Wasser- und Aschegehalt ab. Torf ist möglichst trocken und luftig zu lagern; je höher sein Feuchtigkeitsgehalt ist, desto mehr Wärme geht beim Verbrennen verloren. Die Verbrennung des Torfes erfolgt am vorteilhaftesten bei hoher Verbrennung des Torfes erfolgt am vorteilhaftesten bei hoher Brennstoffdichte. Für die wirtschaftliche Verfeuerung von Torf sind Öfen mit großem Wärmespeicherungsvermögen, wie Kachelöfen mit dichtschließender Feuer- und Aschetür, am besten geeignet.

Vor jeder Heizung lüfte man das Zimmer und reinige man Rost und Aschentasten. Man bedecke den Rost gleichmäßig und vollständig mit zerkleinertem Torf, entzünde auf

dieser Unterlage etwa eine Hand voll gespaltenes Holz und breite darauf 2—3 Schaufeln zerkleinerten Torf aus. Schließe die innere Feuertüre, äußere Feuertüre und lehne die Aschetüre an. Beim Nachlegen verteilt man die Glut auf dem Rost und stopft den Feuerraum mit Torfstücken voll. Die äußere Feuertüre wird eingeklinkt und die Aschetür angelehnt. Das Nachlegen ist nach Bedarf zu wiederholen. Kurz nach dem letzten Nachlegen sind Heiz- und Aschetür fest zu verschrauben.

Bei der Herdfeuerung verfähre man in der gleichen Weise. Nur bei Erzielung von Starkeuer muß die Glut ausgebreitet und mit zerkleinerten Torfstücken von Walnuß- bis Eigröße gleichmäßig in möglichst hoher Schicht bedeckt werden. Die Aschetür ist offenzuhalten. Für Schwachfeuer legt man große Torfstücken auf und schließt die Aschetür. Den Rost muß man stets mit Torf vollständig bedecken; durch unbedeckte Rostspalten wird Torf verschwendet und die Kochwirkung verzögert.

Der arme Konrad

Unsere wöchentliche Unterhaltungsbeilage ist diesmal als Weihnachtsnummer hergestellt. Mit Rücksicht darauf wird sie am Dienstag der Zeitung beigelegt werden.

Neuer Forstauffseher

Nach einer Bekanntmachung des Magistrats ist der Forstauffseher Herr Erich Schmoll in Pfarrhäuschen von dem Landrat des Kreises Elbing als Forsthüter für den Stadtforstbezirk in Bogelsang bestätigt worden.

Berammlung der Konfessionslosen Vereinigung

Die Konfessionslose Vereinigung zu Elbing veranstaltet am Sonntag, den 21. Dezember, nachmittags 5 Uhr im Festsaale der Auguste-Viktoria-Schule eine öffentliche Versammlung mit dem Thema: Brauchen wir heutzutage noch eine Religion. Als Referentin ist die Predigerin der Freien Gemeinde in Königsberg, Fräulein Dr. G. Pehold gewonnen. Die Versammlung dürfte in Anbetracht des brennenden Themas lebhaftes Interesse erwecken. Wir weisen unsere Leser auf das Inserat unserer gestrigen Ausgabe hin.

Wie geht das zu?

Als gestern ein Teil unserer Genossen die Stadtverordnetenversammlung besuchen wollte, fanden sie die Türe verschlossen. Als dann später geöffnet wurde, waren bereits Zuhörer auf der Tribüne anwesend, die einen andern Eingang benutz hatten. Der Hinweis auf die Unzulässigkeit einer solchen Handlungsweise dürfte wohl genügen, derartiges für die Zukunft unmöglich zu machen.

Weihnachtsfeier für die Kriegsbeschädigten

Der Bund der Kriegsbeschädigten, Teilnehmer und Hinterbliebenen veranstaltet am Sonntag im Volkshause seine Weihnachtsfeier. Der Vorstand hat für ein gediegenes Programm Sorge getragen.

Geschäftsstunden am morgigen Sonntag

Am morgigen Sonntag, dem sogenannten Goldenen Sonntag, dürfen die Geschäfte von vormittags 11^{1/2} bis abends 6 Uhr geöffnet sein.

Ostdeutsche Nachrichten

Stimmungsmache

Nachdem bis vor ganz kurzer Zeit die Königsberger Volkszeitung vollkommen im Geiste Winnigs und seines Gewalters Roske redigiert wurde, hat sie sich in den letzten Tagen unter dem Druck ihrer Parteigenossen zu einer Aenderung ihrer Politik verstehen müssen. Wenn auch unwillig und

mit geteiltem Herzen wendet sie sich doch immerhin gegen die mit jedem Tage frecher auftretende konservative Reaktion. Schon vorher setzte aber in der Deutschen Allgemeinen Zeitung eine Stimmungsmache gegen die Rechtssozialisten ein. Nach dieser Zeitung finden die „Ueberheblichkeiten der Unabhängigen“ bei „einem Teil der Mehrheitssozialisten nicht nur keine entschiedene Zurückweisung, sondern sogar noch Billigung. Namentlich in Tilsit und Insterburg steht ein Teil der Sozialdemokraten auf einem Standpunkt, der kaum noch von dem der Unabhängigen unterschieden ist. Es sei nur an die feinerzeit gemeldete Forderung der Tilsiter erinnert, daß Roske entfernt werden müsse; zur weiteren Kennzeichnung mag dienen, daß die Tilsiter Volksstimme, ein mehrheitssozialdemokratisches Organ, das von einem Redakteur geleitet wird, vor seine Dienste noch im Februar bürgerliche Parteien angeboten hatte, von „unserm Genossen Haase“, „unserm treuen Genossen Liebknecht“, aber von dem „so genannten Genossen Winnig“ spricht.

Winnig hat sich den Zorn der Tilsiter Sozialdemokraten zugezogen, weil er den Einigungsbestrebungen sehr skeptisch gegenübersteht.“

Der Provinzvorstand der ostpreussischen Rechtssozialisten veröffentlichte dieser Tage einen Aufruf an seine Genossen, in dem er entschiedenen Kampf gegen die Reaktion fordert. Naturgemäß wird er jetzt mit den rabiaten Tilsitern in einen Topf geworfen. Winnig aber scheint von der Haltung und den Besorgnissen seiner Parteifreunde nicht berührt zu werden. Er hielt auf dem Ostpreussischen Provinziallandtage eine Rede, in der nicht mehr der leiseste Hauch von Sozialismus zu spüren war. Für die Baltikumrebelln wird, zweifellos mit seiner Einwilligung, in allen bürgerlichen Zeitungen ebenfalls stark Stimmung gemacht. Ein Unterfangen, von dem die rechtssozialistische Partei nur Schaden haben kann.

Umbau von Königsberger Kasernen zu Wohnungen

Der Königsberger Magistrat beantragte bei der Stadtverordnetenversammlung für die Anmietung von Kasernen und ihre Einrichtung zu Notwohnungen außer den bereits bereitgestellten 250 000 Mark weitere 3 500 000 Mark zur Verfügung zu stellen.

Von der Hungersnot in Polen

Eine deutschösterreichische Staatskommission für Kriegsgefangenenwesen hat in Warschau mit der polnischen Regierung wegen eines Vertrages über den Rücktransport der noch auf russischem Gebiet befindlichen deutschösterreichischen Kriegsgefangenen durch Polen verhandelt. Bei dieser Gelegenheit konnte die Kommission auch in Polen konstatieren, daß die ukrainische Armee Petljuras vollständig geschlagen, aber auch große Truppenbestände Denikins aufgegeben wurden. Innerhalb weniger Tage sind in Tarnopol 40 000 Versprengte dieser Armee eingetroffen. In Ostgalizien herrscht ungeheures Elend. Ein weit verbreiteter Flecktyphus fordert täglich bis zu 300 Todesopfer. Im Nordosten Polens sind die Verhältnisse so trostlos, daß von allen Beteiligten befürchtet wird, daß in den nächsten Monaten 100 000 bis 200 000 Menschen dem Hungertod erliegen. Alle Versuche der polnischen Regierung und des amerikanischen Roten Kreuzes, sowie andere Hilfsaktionen dürften kaum instande sein, die drohende Gefahr abzuwehren.

Genossen, berücksichtigt bei den Einkäufen die Inserenten der Volksstimme!

Verantwortlicher Redakteur für den politischen, lokalen und allgemeinen Teil: Gustav Schröder; für den Anzeigenteil: F. Rudnicki, beide in Elbing.

Druck und Verlag: Verlagsgenossenschaft Elbinger Volksstimme, E. G. m. b. H., in Elbing.

Gestern verschied nach schwerem Leiden der Magistratsbote Herr

Wilhelm Schulz.

In dem Verstorbenen, der seit dem Jahre 1877 im städtischen Dienst stand und seine Laufbahn bei unserer Berufsfeuerwehr begann, verliert die Stadt einen pflichttreuen und bewährten Beamten.

Ehre seinem Andenken!

Elbing, den 20. Dezember 1919.

Der Magistrat.

Höchstpreis für Kartoffeln.

Durch den Herrn Reichskommissar für den Osten ist für alle in der Zeit vom 5.—24. Dezember erfolgten Kartoffellieferungen ein den Erzeugern zu zahlender Sonderzuschlag von 5.— Mk. je Ztr. angeordnet worden. Der Höchstpreis für die Abgabe von Kartoffeln an Verbraucher (Kleinhandel) in der Stadt Elbing wird deshalb mit Wirkung vom 22. d. Mts. ab wie folgt festgesetzt:

1 Pfd. = 0,20 Pfg., 1 Ztr. mithin 20,— Mk.

Elbing, den 20. Dezember 1919.

Der Magistrat — Ernährungsamt.

Neue Brennstoffhöchstpreise.

Eine mit Wirkung vom 1. d. Mts. ab erfolgte wesentliche Heraufsetzung der Lieferungspreise bedingt auch eine Erhöhung der Kleinhandelspreise. Unter Berücksichtigung dieser Preisaufschläge werden deshalb für die Stadt Elbing nach Anhörung des zuständigen Sachausschusses der Preisprüfungsstelle folgende Kleinverkaufshöchstpreise für die nachstehend bezeichneten Brennstoffarten hiermit festgesetzt, die für alle Bezüge der Händler, die vom 1. Dezember d. Js. ab vorgenommen sind, Geltung haben:

Steinkohlen:	ab Lager	frei Haus
Würfelf, Stück und Nuß Ia	Mk. 9,50	Mk. 10,30
Nuß II	„ 9,40	„ 10,20
Steinkohlenbriketts	„ 9,50	„ 10,30
Braunkohlenbriketts	„ 9,05	„ 9,85
Säbentof:		
bei Mengen bis zu 20 Ztr.	„ 15,95	„ 16,25
bei Mengen von mehr als 20 Ztr.	„ 15,30	„ 16,20

Elbing, den 20. Dezember 1919.

Der Magistrat. — Brenn- und Leuchtstoffamt.

Der Forstauffseher Erich Schmoll in Pfarrhäuschen ist vom Herrn Landrat als Forsthüter für den Stadtforstbezirk in Bogelsang auf Grund des § 62 des Feld- und Forstpolizeigesetzes vom 1. 4. 80 bestätigt worden.

Elbing, den 18. Dezember 1919.

Der Magistrat.

Beerdigungsinstitut H. Herder,

Teleph. 571 Wilhelmstr. 58 Begründ. 1894.

W. Blank

Wittenfelderstr. 24b Elbing Telephon No. 938.

Ausführung elektrischer Beleuchtungs-, Kraft- und Schwachstrom-Anlagen:

Bau eigener Anlagen für landwirtschaftliche u. industrielle Betriebe

Akkumulatoren · Motore · Dynamos

Lager in Beleuchtungskörpern und Lampen

Besuche und Kostenanschläge unverbindlich

Kaufmännische Privatschule

von

R. Mrongovius

Elbing, Friedrichstr. 1, 1 Tr.

Unterricht in Buchführung und allen Kontorarbeiten sowie in Polnischer u. Russischer Sprache

Weihnachts-Geschenke.

Zigarren und Zigaretten:

in kleinen geschmackvollen Geschenkpäckchen
Zigarettenspitzen und Stuis sowie reinen Rauchtobak

empfiehlt

Georg Cohn

Junkerstr. 43. — Johannisstr. 16.

F. Fitkau Nachf.

Am Markttor.

Billigste Bezugsquelle in: Geschäftsbüchern, Schulartikeln, Lederwaren. Gesellschaftsspiele: Mensch ärgere Dich nicht, Der verhängnisvolle Topf usw. Sämtliche Artikel für Tanzbelustigungen, Saalpostarten, großer Posten Weihnachts- und Neujahrskarten für Händler und Hausierer, sowie sämtliche Papierwaren jeder Art.

Ing. Rotwein

vorzüglicher Tafelwein, per Flasche inklusive Steuer 9.00 Mark, empfiehlt

Hermann Wegsel, Mühlen-, Ecke Nischmannstr. Telephon 582.

Altes Gold Silber, Edelsteine

usw. usw.

kauft

Sumelier F. Witzki.

Zum Weihnachtsteste

empfiehlt

Christbaumschmuck

Christbaumkerzen Wunderkerzen

Spiele, Kassetten

Papier- und Schreibwaren. Tapeten-Vers.-Haus „Vorwärts“, Friedrichstr. Nr. 3.

Gaslampen für's Geschäft

Regulator, Pelzbut z. Damenpelz

billig und guterhalten
Alter Markt 25.

Achtung! Achtung! Knabenmilster

(14—16 J.) Friedensware spottbillig zu verkaufen

Logenstr. 11a, 1 rechts.

2 Küchenschränke

zu verkaufen Mauerstr. 12, III.

1 weißen Muff und 1 Pelzboa

preiswert zu verkaufen
Gr. Wunderberg 38 unten vorne.

Weihnachtsbäume

in großer Auswahl empfiehlt

Paul Stegmann Gärtnerei,

Grubenhagen 24. Telephon 553.

Zwei Herren (Handwerker) suchen ab 1. 1. 20

möbliertes Zimmer

nähe Alter Markt. Angeb. unt. B 100 a. d. Gefch. d. Ztg. erb.

Schmiedelehrlinge

stellt von sofort oder später ein

Adolf Wenski, Neustädt. Grünstraße 6a.

Elbinger Standesamt

vom 19. Dezember. Sterbefälle: Arbeiterwitwe Regina Wenig geb. Schrade, 76 J. — Rangiervorarbeiter Friedrich Reumann, 31 J.



Beachten Sie bitte unsere Schaufenster-Auslagen

Fischerstraße 42

Albert Kowalski

Fischerstraße 42

Schuhhaus größten Stils

Reparaturen in eigener Werkstatt schnell und sauber

U. S. P. Elbing

Montag, den 22. d. Mts., abends 6 Uhr im Volkshaus

Vertrauensmännerziehung

Tagesordnung: 1. Bericht vom Parteitag 2. Verschiedenes.

Um zahlreiches Erscheinen erlucht die Parteileitung.

Weihnachtsfeier

veranstaltet vom

Reichsbund der Kriegsbeschädigten, Teilnehmer und Hinterbliebenen

am Sonntag, den 21. Dezember 1919, in beiden Sälen des Volkshauses, Holzstraße 4 bestehend aus

Konzert, theatral. Vorführungen, Verlosung u. a. m. Zum Schluss: Kränzchen.

Nur Mitglieder und deren Angehörige des Reichsbundes der hiesigen Ortsgruppe erhalten unter Vorzeigung ihrer Mitgliedskarte Einlaß.

Entree 0.50 Mk. Anfang 4 Uhr. Es ladet ein der Vorstand.

Arbeiter und

Arbeiterinnen Elbing's!

Am Sonntag, den 21. Dezember, vormittags 9 1/2 Uhr:

Öffentl. Versammlung

in Hotel Stadt Elbing.

Thema:

Gewerkschaften oder Allgemeine Arbeiterunion.

Referent: Schulz-Bremen.

Hotel Stadt Elbing.

Jeden Sonntag

Konzert

sowie humoristische Vorträge.

Im Gartensaale

Großes Tanzkränzchen

Anfang 4 Uhr. :: Anfang 4 Uhr.

Georgenhöhe.

Jeden Sonntag:

Unterhaltungs-Abend.

TANZ.

Passenheim's Festsäle!

Jeden Sonntag

Tanzkränzchen.

Fleischauers Saal- und Gastwirtschaft.

Jeden Sonntag: Tanzkränzchen.

Gasthaus 'Legan'

Jeden Sonntag:

Großes Tanzkränzchen.

Vorsichtige Männer Aengstliche Frauen

befolgen Dr. med. Müllers Anweisung über natürl. Beschränkung d. Kinderzahl. Unzähl. Anerkennungen. Geg. Voreinsendung von M. 1. — franko u. verschl. vom SANITAS-DEPOT, Abt. 33, Charlottenburg 5.

Lichtspiel-Haus

Fleischerstraße 9.

Ab heute, Sonnabend, den 20. bis einschl. Dienstag, den 23. Dez. ev.

Pola Negri

Harry Liedtke

in dem 4aktigen Filmspiel

„Komtesse Dodd“

Der zweite Programm-Schlager:

„Die Puppe“

Nach der gleichnamigen Operette in 4 Akten. Für den Film bearbeitet von Ernst Lubitsch.

In den Hauptrollen:

Ossi Oswald

Viktor Jansen: Marga Köhler.

Sonntag nachmittag 3.10 Uhr:

Große Kinder- und Familien-Vorstellung.

Zur Vorführung gelangt „Die Puppe“. Täglich 2 Vorstellungen: 6 45 u. 8 30 Uhr. Mittwoch, den 24. Dez., geschlossen.

Stadt-Kino

Alter Markt 39

Von heute, Sonnabend ab, aus der Charly-Bill-Serie 19/20

Der geheimnisvolle Fremde

in 5 Akten, sowie

Der weisse Tod

oder: Leben und Leben.

Kasseneröffnung 6 1/4 Uhr, 1. Vorstellung 6 3/4, 2. Vorstellung 8,20 Uhr. Ende heute 11 Uhr.

Ein sicherer Gewinn

steht in Ihre Tasche, wenn Sie Ihre Möbel direkt aus erster Hand von der im Osten als leistungsfähig bekannten

Möbelfabrik Klinger

Elbing

kaufen. Der modern angelegte Betrieb, rationelle Arbeitsmethoden unter fachmännischer Leitung, sowie geringe Geschäftskosten

ohne Händlergewinn

verbürgen billigste Bedienung. :: en gros und en detail

Lieferung von Marmor, Matratzen, Polsterwaren

eigenen Fabrikats. ::

Reelle Bedienung, prompte Lieferung. Auf Wunsch Anfertigung nach Zeichnung und Entwürfen.

Gute Reisebriefstauben weg. Futtermangels z. verk. b. Gray, 1. Niederstr. 17.

Eine neue braune Pelzgarnitur billig zu verkauf. Maachstr. 8,1.

Stadttheater Elbing

Sonnabend, den 20. Dezbr., abends 7 1/2 Uhr:

Der arme Jonathan.

Operette in 3 Akten von C. Millöcker.

Sonntag, den 21. Dezember, nachmittags 3 Uhr:

Der gestiefelte Kater.

Gr. Weihnachtsmärchen mit Tanz in 5 Bildern für die Bühne bearbeitet von Siegmund Haal.

Abends 7 1/2 Uhr:

Lehtes Gastspiel des Herrn John Röver v. Lufttheater Königsberg

Die Fledermaus.

Operette in 3 Akten von Johann Strauß.

Montag, den 22. Dezember, abends 7 Uhr:

Zum 1. Male!

Das verlorene Paradies.

Schauspiel in 3 Akten von Ludwig Fulda.

Dienstag, den 23. Dezember, abends 7 1/2 Uhr:

Erstes Wiederauftreten des Herrn Karl Hagin

Barbier von Sevilla.

Romische Oper in 3 Akten von Rossini.

Graf Almaviva: Herr Hagin.

Das Konfektionshaus zur goldenen Kugel

empfehlen zum Weihnachtsfeste

Herren-Anzüge in reicher Herren-Äußer Auswahl Herren-Joppen gut u. billig Herren-Hosen, gestreift Herrenwäsche, Pelztrif. Herren-Unterjacken Herren- u. Damenschuhe Anzug- und Reichsware Kostüme Stoffe Kinder-Anzüge Kinder-Äußer Kinder-Unterzüge Burtschen-Anzüge Burtschenjoppen und Äußer Faust-Sandalschuhe.

Willst Du gut und billig kaufen, mußt zur Goldenen Kugel laufen.

H. Powisteitsky, Alter Markt 29, gegenüber Stadtkino Von 11 1/2 Uhr am Sonntag vor dem Feste geöffnet.

Adler-Apotheke

Brückstraße 19

Anfertigung sämtlicher

Krankentafelrezepte

Nervenstärkungsmittel

Großmittel

•• Tierarzneien ••

Kluge Eheleute, Frauen

verlangt kostenlos illustr. aufst. Preislisten vom Sanitätshaus E. Golde, Torgau (Elbe.)

Parteigenossen!!

Zum bevorstehenden Weihnachtsfeste

empfehle:

Zigarren :: Zigaretten und Tabake.

Zigarren von 75, 80, 85 Pfg. aufwärts.

Genosse Noçon

2 Immerer Marienburgerdamm 2

Abholestelle der Elbinger Volkstimme.



Schlüterbrot

besitzt Lockerung, Feinheit des feinsten Brotes und enthält trotzdem die Nährsalze des vollen Kornes.

Zu haben bei Fritz Ligowski.

Zum Fest

empfehle ich zu solidesten Preisen:

- | | |
|-------------------|-----------------|
| Tafelwagen | Spiritusplatten |
| Wirtschaftswagen | Dalliplatteisen |
| Stahlkassetten | Dalliglühstoff |
| Aluminiumgeschirr | Bestecke |
| Emaillageschirr | Taschenmesser |
| Gaskocher | Stahlwaren |
| Rodelschlitten | Waschmaschinen |
| | Wringmaschinen |

F. Koenig Nachfolger

Bruno Sieg.

Freude und Jubel in jeder Familie erweckt zur Kürzung der Linsenweite ein gut spielender

Sprechapparat mit neuesten Platten.

Große Auswahl hierin liefert in jeder Preislage und Ausführung Elbinger Matten-Centrale Hans Tischmann

Wünschen Sie Ihre Garderoben

unter eigener fachmännischer Leitung sauber gereinigt oder gefärbt?

so übergeben Sie dieselben der

Expressfärberei

Laden Inn. Mühlendamm 17.

Kontor und Annahme in meinem Betrieb

Große Zahlerstraße 24.

Fernruf 957.

Tischler

auf bessere fournierte Möbel eingearbeitet, stellt ein

Möbelfabrik Klinger.

Der Russenmord in Gräfelzing

Im Verlag der Berliner Freiheit ist ein Büchlein „die Münchener Tragödie“ erschienen, das im politischen nüchtern kritisch, in menschlichen warm mitleidend die Geschichte der Münchener Rätereublik erzählt. Die Schilderungen des weißen Terrors wird niemand ohne Erschütterung lesen können. Dabei enthalten sie nur eine Auswahl der damaligen Schreckensszenen. Es fehlt merkwürdigerweise auch eine Greueltat, die selbst den Mord am Karolinenplatz noch an Unmenschlichkeit übertrifft — das ist die Erschießung der 53 Russen in Gräfelzing. Am 1. Mai mittags wurden am Bahnhof Pasing von den eben dort eingezogenen Regierungstruppen 53 Russen in deutscher Uniform festgenommen. Sie sahen im Zug aus München, vollkommen waffenlos; sie hatten in München ihre Waffen abgegeben und waren in München von Eisenbahnbeamten in den Borortzug nach Pasing gedrängt worden. Es ist nicht bewiesen und sehr unwahrscheinlich, daß sie an irgendwelchen Kämpfen teilgenommen und einen Schuß gegen die Regierungstruppen abgefeuert haben. Jedenfalls haben sie bis zum letzten Augenblick ihre Unschuld und Nichtteilnahme an den Kämpfen beteuert. Sicherlich waren sie nicht mit der Waffe in der Hand festgenommen und freigegeben, falls als Kriegsgefangene zu betrachten; eine Parteinahme für die Rätereublik hatte ihnen nicht als todeswürdiges Verbrechen angerechnet werden können, da wir ja seit über einem Jahr mit Rußland im Friedenszustand lebten. Die Soldaten wollten sie aber gleichwohl niedermachen und da das bei der großen Anzahl innerhalb des Stadtbildes von Pasing schwer möglich war, so schleppte man sie nach dem 1/2 Stunde entfernten Lochham. Dort stellte die begleitende württembergische Truppe — sie soll das Zeichen S. R. 13 getragen haben — sie im Haufen an eine Mauer, richtete Maschinengewehre gegen sie und wollten sie niederschießen. Wie die mordlustigen Indianer tanzten die Leute dieser Truppe, Revolver in der Faust, vor diesem Haufen auf und ab und suchten sich Opfer heraus. Einer bereits in Lochham liegenden Truppe, meist Würzburger Studenten, war das doch zu stark und sie protestierte gegen die Erschießung. Sie erreichte auch mit vieler Mühe, daß man sie aufschob. Man sperrte also die 53 Russen, dazu noch eine Anzahl verhafteter Zivilisten, in das Zeughaus im Riemerschmidischen Gutshof, 5 Meter lang und 3 Meter breit. Nachmittags um 4 Uhr führte man sie dann einzeln zum Verhör. Jeder mußte eine Spalierkette von Soldaten passieren und wurde dabei mit Fußtritten, Kolbenstößen und Peitschen traktiert. Augenzeugen für diese Mißhandlung sind in Lochham und Umgegend genug vorhanden. Das Verhör verlief anscheinend ergebnislos. Als sie wieder zurückgeführt wurden, wollte einer, der deutsch sprach, noch einmal vortreten und seine Unschuld beteuern. Kaum hatte er zum Reden angefangen, da sprang ein Soldat vor und schoß ihn nieder. Die Kugel verwundete einen zweiten Russen am Kopfe. Man warf den Toten und Bewundeten, ohne sich weiter um sie zu kümmern, mit den anderen ins Gefängnis zurück. Niemand dachte daran, den Mörder zur Verantwortung zu ziehen oder auch nur ein Wort des Vorwurfs an ihn zu richten. Dann begann ein wüßtes Streiten um das Leben der Russen: die württembergische Truppe tobte und verlangte die sofortige Erschießung, sonst würde sie einfach heimgenhen; einzelne Offiziere, her-

beigekommene Ordonnanzen redeten dagegen, man setzte es durch, daß das Oberkommando gefragt werden sollte.

Die Soldaten hausten auch sonst im Gutshof wie in Feindesland, nahmen, was ihnen beliebte, z. B. füberweise Stroh und als der Gutsverwalter dafür einen Requisitionschein forderte und sagte, die rote Garde hätte ihm wenigstens einen solchen gegeben, schlug man ihn halbtot. Die Soldaten umdrängten die ganze Zeit das kleine Häuschen im Hof und drohten Handgranaten hineinzuworfen. Abends um 1/29 Uhr brachte man dann die 52 Russen — die Leiche ließ man liegen — nach dem 1/2 Stunde entfernten Gräfelzing und sperrte sie dort ins Feuerhaus. Man hatte ihnen den ganzen Tag weder Wasser noch sonst etwas gegeben. Die in Gräfelzing liegende Truppe, württembergische Sicherheitskompanie Nr. 21, forderte ebenso wütend unter Drohung, sonst auseinanderzugehen, den Tod der Russen. Anscheinend entschloß man sich schließlich, zur Beruhigung der Raubliere, das Opfer vorzuwerfen. Und es sollte noch am selben Abend ein Standgericht zusammentreten. Man vertagte aber dann das Standgericht auf den nächsten Morgen. Am 2. Mai, um 1/26 Uhr, trat in Gräfelzing dies „Gericht“ zusammen und in sehr kurzer Zeit hatte es die 52 Menschenleben aus dem Diesseits weggeurteilt. Der Pfarrer von Gräfelzing wurde noch zu den Unglücklichen ins Feuerhaus gelassen, noch einmal beteuerten sie ihm alle ihre Unschuld und baten mit aufgehobenen Händen um ihrer Frauen und Kinder willen um Schonung. Sie sollen auch dem Pfarrer von Gräfelzing eine größere Geldsumme eingehändigt haben, die dieser noch in Verwahrung hat. Um 1/29 Uhr vormittags wurden sie zu ihrem Todesgang abgeholt, heulend und weinend umstanden Männer, Frauen und Kinder die abmarschierenden Russen, der Todesgang der Schlachtopfer erschütterte alle aufs tiefste. Sie wurden zur nahen, großen Kiesgrube geführt, dort gegen den Abhang gestellt, je 5, das letztemal 7, und 10 Salven zerfetzten die 52 Leiber. Der Pfarrer von Gräfelzing war bei der Erschießung anwesend, Offizier war keiner zu sehen. Nach kurzer Totenschau durch den Gräfelzinger Arzt wurden die 52 Leichen auf einen Wagen gelegt und zum nahen Friedhof gefahren. Bis abends 7 Uhr schaufelte man an der Grube in der Friedhofsecke, in die man die 53 Leichen — man hatte auch den Toten von Lochham geholt — übereinander schichtete. Dort ruhen sie nun, ein schlichtes Kreuz haben die Gräfelzinger gesetzt, Landsleute haben zu Allerseelen ihr Grab geschmückt, die U. S. P. Pasing hat am Revolutions-tag einen Kranz niedergelegt. Es wäre eine Pflicht der benachbarten sozialistischen Parteien, ein würdiges Denkmal zu errichten. Die Volksstimme in Gräfelzing und Lochham hat längst ihr Urteil gefällt und ist sich klar darüber, daß hier keine Verbrecher, sondern unglückliche Opfer menschlichen Mordwahns liegen.

Die Volksstimme fordert aber auch mit aller Entschiedenheit, daß die Mörder zur Verantwortung gezogen werden. Es war keine Tat der Erregung — in Gräfelzing und der ganzen Umgegend wurde überhaupt nicht gefochten — sondern eine überlegte, vorbedachte Tat. Verantwortlich sind die Mitglieder des Standgerichts; wo ist das Gericht, das dies „Gericht“ zur Verantwortung zieht? Zeugen sind genug da, der Tatbestand ist leicht festzustellen. Aber das bürgerliche Rechtsgefühl verspürt kein Aufwallen — waren es doch nur Russen — man wird warten, bis eine fremdländische Kommission Rechenschaft verlangt.

(Unserem Münchener Parteiblatt entnommen.)

Die Syndikalisten

Vom 27. bis 30. Dezember wird in Berlin ein Kongreß der Freien Vereinigung deutscher Gewerkschaften tagen, der eine grundsätzliche Erklärung der Syndikalisten prüfen und beschließen soll. Der Entwurf dieser Erklärung der sozialrevolutionären Gewerkschaften liegt jetzt vor. Es heißt darin u. a. über die Stellung der Syndikalisten zum Parlament:

„Die Syndikalisten verwerfen prinzipiell jede Form der parlamentarischen Vertretung. Jede Mitarbeit in den gesetzgebenden Körpern, ausgehend von der Erkenntnis, daß auch das freieste Wahlrecht die kassenden Gegenstände innerhalb der heutigen Gesellschaft nicht schmälern kann und daß das ganze parlamentarische Regime den Zweck verfolgt, dem System der Lüge und der sozialen Ungerechtigkeit den Schein des legitimen Rechtes zu verleihen, d. h. also den Bedrückten, Arbeitsklaven des Kapitalismus, zu veranlassen, seiner eigenen Sklaverei den Stempel des Gesetzmäßigen aufzudrücken, ist zu verwerfen.“

Der Kongreß wird sich mit einer Namensänderung beschäftigen müssen. Die Vereinigung soll künftig heißen: „Freie Arbeiter-Union Deutschlands.“ Diese „Freie Arbeiter-Union“ soll sich aus Industrie-Förderationen, aus Gewerkschaftsbünden und solchen Organisationen, Orts- oder Betriebsvereinen, zusammenschließen, für die ein zusammenhängender Bund bisher noch nicht besteht. Angesichts des Zustromes, den die Syndikalisten aus kommunistischen Kreisen im Augenblick erhalten, kann man der Tagung mit Interesse entgegensehen. Es ist unverkennbar, daß die Syndikalisten mit allen Mitteln bestrebt sind, die Spaltung im kommunistischen Lager auszunutzen. Bekanntlich bestehen zwischen der Reichszentrale der kommunistischen Partei und der Hamburger Richtung bedeutende Differenzen, daß man auf dem in den nächsten Wochen zu erwartenden Parteitag der kommunistischen Partei bereits mit einer reinlichen Scheidung rechnen kann. Die Syndikalisten hoffen also ein Kompromiß mit dem linken Flügel der Kommunisten zu schließen.

Festsetzung einer Höchstgrenze für Mietpreise

Das Preussische Ministerium für Volkswohlfahrt veröffentlicht eine Verordnung, die eine Höchstgrenze für Mietzinssteigerungen festsetzt. Die Verordnung trat sofort in Kraft. Nach der Verordnung haben die Vorstände der Gemeinden über 200 Einwohner, im Einvernehmen mit den Vorsitzenden der zuständigen Mieteinigungsämter binnen vier Wochen eine Höchstgrenze für Mietzinssteigerungen festzusetzen. Die Festsetzung soll nach Anhörung eines von den Gemeindevertretungen gewählten, zur Hälfte aus Hausbesitzern, zur Hälfte aus Mietern bestehenden Ausschusses von höchstens zehn Personen erfolgen. Für Neubauten, die nach dem 1. Januar 1917 fertiggestellt worden sind, gilt die Verordnung nicht. Die festzusetzende Höchstgrenze der Mietzinssteigerungen hat einen prozentualen Zuschlag zu dem am 1. Juni 1914 vereinbarten Mietzins zu betragen. Bestand zu jener Zeit eine Vereinbarung nicht, gilt der prozentuale Zuschlag zu dem ortsüblichen Mietpreis. Gegen die neue Festsetzung des Mietpreises steht der

Staatsanwalt Jordan

Ein Berliner Roman von Hans Band.

Er ging in die Diele, glitt in den Pelz, nahm Hut und Stock, rief ein Auto vorm Hause an und kehrte nach einer knappen halben Stunde mit einem Aktenkoffer in der Hand wieder heim. In Ruhe, in voller Ruhe, als wäre nicht das Geringste geschehen.

Wertwüdig!

Hatte er denn kein Gewissen mehr?

Leicht war ihm, leicht. Nicht deshalb bloß, weil alles wunderbar gelungen war. Das Kanzleizimmer war absolut leer gewesen, soeben von der Reinigungskolonnen verlassen worden. Mit einem Griff hatte er das Konvolut unter G gefunden, die Nummer des Aktes im Journal als erledigt gestrichen und das Korpus mit heimgenommen.

Und nun so gar keine Neue. Im Gegenteil. Endlich war ein entscheidender Schritt getan.

Nun gab es kein Zurück mehr.

Während der Akt in dem Kamin in hellen Flammen verbrannte, dachte Jordan mit Frohlocken, daß er mit diesen Papieren seinen Abschied vom Amte genommen. Er schied sich von ihm. War kein Ankläger, kein Staatsanwalt mehr. Seine Vergangenheit, der Schutz seines Lebens brannte hier.

Nun kam ein Neues, endlich — es war wahrhaftig höchste Zeit.

Sein offizielles Abschiedsgesuch wird er heute oder morgen einreichen, und dann — dann ging's in die Welt hinaus mit Herta auf eine lange Reise.

Sogleich nach Schluß seiner heutigen Dienststunden begab er sich auf die Bank und vollzog die letzte Liquidierung seines Vermögens. Er wollte schon morgen eine bedeutende Barsumme in der Tasche haben, mit der sich vieles unternehmen ließ. Außerdem besorgte er sich noch einen Kreditbrief, der in allen Erdteilen Geld zu entnehmen erlaubte. Die Uebernahme oder Auflösung des zurückbleibenden Haushaltes überließ er seiner Frau, deren Privatvermögen ihr eine standesgemäße Lebenshaltung auch ohne ihn gewährte.

Es belebte, es beflügelte Jordan, alle diese Vorbereitungen zu treffen. Er war auf der Flucht vor etwas. Irgend etwas trieb ihn mit Macht, rasch die Stadt zu verlassen.

Diese Unrast hatte sich gesteigert, nachdem er das amtliche Aktenstück beiseite gebracht hatte. Sein Gewissen plagte ihn nun doch, und er bemerkte so etwas wie die Anzeichen eines gelinden Verfolgungswahns.

An diesem Morgen war er im Dienste jedesmal zusammengefahren, wenn es an der Tür seines Amtszimmers klopfte. Jede Telephonmeldung machte ihn erbeben. Er fürchtete in jedem Augenblick eine Anfrage nach dem verschwundenen Aktenstück.

Nur fort — fort von Berlin!

Noch ein Zweites peitschte ihn zur Eile. In jedem Falle mußte er fort sein, bevor Rosalinde zurückkam. Ein Wiedersehen mit ihr wollte und konnte er nicht ertragen. Es würde für ihn die ausgesuchteste Qual bedeuten, mit seinem schuldbeladenen Gewissen ihr unter die forschenden und durchdringenden Augen zu treten, die sich jetzt Nacht für Nacht in seinen Angstträumen strafend und vorwurfsvoll auf ihn richteten. Er war sich klar darüber, daß das Ausbleiben seiner Antwort auf das Schreiben des Fürstbischofs Rosalindens Heimkehr beschleunigen würde, da sie ja doch über die Vorgänge in ihrem Hause durch Jordans Schweigen auf das höchste beunruhigt werden mußte.

Also rasch — nur rasch — die Uebergangszeiten waren ohnehin die peinlichsten.

Vom Dienste zum Diner nach Hause, ungezogen, telephonisch bei Herta sich anmelden. Er wollte sofort zu ihr und sie, nachdem er auch ihre letzte Forderung noch erfüllt, zu schleuniger Abreise, womöglich schon übermorgen, am Sonntag, bewegen.

Er wußte, daß auch die Reisegemeinschaft mit Herta nur ein vorübergehender Zustand sein würde, aber ganz gleich, wie lange er dauerte, er forderte ihn, bestand jetzt auf dieser Entschädigung, die er sich hart genug vom Glück erkauft und erkämpft hatte. Es lockte ihn sehr, das junge, schöne, aufgeweckte und empfängliche Wesen mit sich in die Ferne zu führen und an ihrer Seite die Herrlichkeiten der Welt zu genießen. Möchte sie ihm in Kalkutta oder Kairo dann mit einem Nabob durchgehen — bis dahin gab es eine Reihe leuchtender Sonnentage für ihn, die heiß zu genießen er einen Fieberdurst hatte . . .

Er trug dem Diener auf, den großen Reisekoffer mit Kleidung, Wäsche usw. für vier Wochen zu packen. Der graue Reiseanzug sollte im Schrank bleiben, den wollte er unterwegs tragen. Der Koffer sollte heute nachmittag nach dem Potsdamer Bahnhof gebracht, die Quittung der Ablieferung und die Koffer Schlüssel sollten auf seinen Schreibtisch gelegt werden.

Nun zu Herta.

Er brannte darauf, sich seinen Dank von ihr zu holen, und fieberte vor Erwartung, zu sehen, wie seine Opfertat auf sie gewirkt habe. Ob die Dankbarkeit sie wohl zwingen würde, ihm ein wenig Zuneigung und Zärtlichkeit zu zeigen?

Jetzt ließ Jordan sich mit Herta telephonisch verbinden, um ihr seinen Besuch anzumelden. Aber die Verbindung war nicht herzustellen. Das Amt bestätigte dreimal, daß sich der Teilnehmer des geforderten Anschlusses nicht melde. Jordan erschrak heftig, denn es war die Zeit, um die er gewöhnlich mit Herta zu telephonieren pflegte.

War sie nicht zu Hause?

Weshalb meldete sich die Köchin nicht wenigstens?

In höchster Beunruhigung machte sich Jordan auf den Weg zu Herta. Er fand die Fenster der Wohnung dunkel. Oben wurde auf sein Klingeln nicht geöffnet. Das Nest war leer. Eine abgründige Angst krallte sich in Jordans Herz.

War er schon übertölpelt, schon betrogen?

War Herta schon über alle Berge, nachdem er das Letzte für sie getan hatte?

Ach Gott — sie war leicht und beschwingt. Konnte in jedem Moment die Flügel breiten und davonfliegen.

Da stand er im Schneetreiben — der graue, hohe Mann vor dem Hause, das Herta die letzten Tage beherbergt hatte. Beherbergt — ja — es war ihr Heim nicht, war gemietet, mit all dem fremden Hausrat, der es füllte. Nichts davon eignete dem Mädchen. Es war wurzellos in diesem Boden und frei, jeden Moment sich anderswo niederzulassen.

Und er — in seiner naiven Verblendung — hatte ihr gestern abend noch selbst die Mittel dazu aufgedrängt, sofort wieder ihr Zelt abzubrechen.

Haha — mit den tausend Mark in der Tasche jagte sie vermutlich schon in dieser Stunde in Gesellschaft ihres „Komponisten“ im Luxuszuge dem Süden zu — ohne ihn — den sie dem trachenden Einsturze seines Lebens hier allein überließ.

Kein Zweifel — so war es.

Und wo war denn die Köchin so plötzlich hingekommen? War die Herrin aus, so mußte doch wenigstens die Dienerin im Hause sein und an das Telephon kommen oder die Wohnungstür öffnen, wenn jemand klingelte . . .

Hier waren Veränderungen geschehen, von gestern auf heute, Vorgänge, die hinter seinem Rücken sich vollzogen hatten. Während er hinging und Aktenstücke für sie stahl, hatte die Schlaue hier einfach reinen Tisch gemacht, das Mädchen entlassen, die Wohnung verschlossen — und mit dem jungen Galan sich aus dem Staube gemacht . . .

Er hatte eine Empfindung, als veränke er ins Bodenlose, als diese Erkenntnis über ihn kam. Aufheulen hätte er mögen vor Wut und Schmerz. Auf den Leim gegangen, genarrt, genasführt von zwei Kindern — er — der gewiegte Kriminalist — wie ein Tölpel aus der dunkelsten Provinz. Und nun machten sie sich beide weidlich lustig über ihn, den alten Esel, der so kinderleicht hineinzulegen gewesen.

Er ächzte und stöhnte. Aber Gewißheit — Gewißheit wollte er haben. Den Portier wollte er fragen, ob das Fräulein etwa abgereist, wohin ihr Dienstmädchen geraten sei . . .

Er wandte sich zur Haustür zurück, um den Portier herauszuklingeln, da sah er drüben auf der anderen Seite der Straße im ungewissen Lichte der Laterne einen Mann im Zyfinder und wallendem Kinnkermantel, einen jungen Menschen, dessen Blässe pierrothast über die Straße leuchtete. Er blickte zu Hertas dunklen Fenstern hinauf, genau wie Jordan selbst das vor wenigen Minuten getan — vielleicht auch mit dem gleichen Ausdruck des Leidens — der Enttäuschung . . .

Wer war das doch, der wie ein Doppelgänger von Jordans Qual zu Hertas leeren Fenstern hinauftrauerte?

Mit einem entschlossenen Ruck wandte Jordan sich um, sprang über den nassen Fahrdamm zu jenem Manne hinüber, der jetzt höflich den Hut zog . . .

(Fortsetzung folgt.)

Kommunalaufsichtsbehörde binnen zwei Wochen nach Einreichung des Vorschlags ein Einspruch zu, auf Grund dessen die Gemeindevorstände aufs neue über die Höchstgrenze zu beschließen haben. Ergibt sich auch dann keine Einigung, so entscheidet ein Sachverständigenausschuss. Ueber die Form des Verfahrens enthält die Verordnung eingehende Bestimmungen.

Wesentlich ist die weitere Bestimmung, daß Ründigungen zum Zweck der Mietsteigerung von jetzt ab bis zur Veröffentlichung der Beschlüsse der einzelnen Kommunen unwirksam sind. Die laufenden Mietverträge bleiben insoweit unberührt, als sie die zulässige Höchstgrenze nicht überschreiten. Im übrigen ermäßigen sich die Mieten vom nächsten Mietzahlungs-termin nach Bekanntmachung der Beschlüsse der Kommunen auf die zulässige Höchstgrenze. Bei Neuvermietungen hat der Vermieter dem Mieter frühere Mietverträge vom 1. Juli 1914 vorzulegen oder sonst den damals erhaltenen Mietpreis nachzuweisen. Die Bestimmungen der Verordnung vom 22. Juni 1919 über Warmwasserversorgung und Zentralheizung bleiben in Gültigkeit. Die Verordnung trifft besondere Bestimmungen für den Fall eines Streites über die Kosten dieser Versicherungen. Die Kosten für Heizung und Warmwasserversorgung sind zu bestimmten Terminen auf die einzelnen Wohnungen nach einem vom Gemeindevorstande bestimmten Maßstabe umzu-legen. Bei Beschaffung und Verwendung des Heizmaterials wird einem Mieterausschuss ein Mitwirkungs- und Kontrollrecht eingeräumt. Alle Verträge, die unter Überschreitung der Höchstgrenze des Mietzinses abgeschlossen sind, sind unwirksam. Nur im einzelnen Falle kann dem Vermieter auf Antrag für einen festzubestimmenden Zeitraum durch das Einigungsamt ein über die Höchstgrenze hinausgehender Zuschlag zur Miete zugewilligt werden, wenn er nachweist, daß er sonst unvermeidliche Zuschüsse leisten müsse oder daß ihm durch bauliche Instandsetzungsarbeiten oder durch Erhöhung der öffentlich rechtlichen Grundstücksabgaben sonst Schaden erwachsen würde.

Auch die Untervermietung von Wohnungen oder Wohnungs-teilen, sowie die Vermietung von möblierten Wohnungen unterliegen in bezug auf die Höhe des Mietpreises, sowie die Vergütung für Nebenleistungen den Bestimmungen der neuen Anordnung.

Den Gemeinden wird die Pflicht auferlegt, Mieteinigungs-ämter, soweit sie noch nicht bestehen, unverzüglich einzurichten. Der Zusammenschluß verschiedener Gemeinden zu diesem Zwecke ist zulässig. Die Beisitzer dieser Einigungsämter sind unverzüglich zu wählen. Ernante Beisitzer scheiden aus dem Amte aus. Nähere Bestimmungen über die Wahlen hat der Kommunalverband zu treffen.

Soziales

Kommerzienrat und Wohnungsnot

Der Vorwärts schreibt: In Belgern an der Elbe haben die dortige Waldjagd zwei Leipziger Herren inne; der eine ist Kommerzienrat Hupfeld, der bekannte Kaviarfabrikant, der andere ein Herr Sommer, Inhaber einer Papiergroß-handlung. Außer diesem Jagdrevier besitzt Herr Hupfeld noch ein anderes in Schönau in Sachsen. Beide Herren sind glückliche Besitzer von zwei Villen in Leipzig. Um nun auch während des Jagdaufenthalts standesgemäß wohnen zu können, kauft in Belgern eine eigene Jagdvilla mit sieben Zimmern und allem sonstigen Zubehör (Autoschuppen usw.) zur Verfügung. Allein das genügt noch nicht. In der Försterei sind zwei weitere Zimmer an die Herren von der Stadt aus ver-pachtet. Letztere werden seit Dezember des Jahres von der Witwe des im März verstorbenen Försters Lange bewohnt, da diese in Belgern trotz aller Mühe keine Wohnung finden konnte. Jetzt verlangen diese Herren Räumung der Wohnung. Auf wiederholte Vorstellungen schrieb Herr Sommer:

„Um Ihnen unser größtes Entgegenkommen zu be-weisen, haben Herr Hupfeld und ich vereinbart, Ihnen die Räume bis 1. November 1919 zu überlassen. Nach diesem Termin ist jede weitere Benutzung ausgeschlossen, da wir selbst und unsere Gäste dann die Räume bewohnen werden. Sie wollen gefl. dementsprechend Ihre Dispositionen treffen und am 31. Oktober 1919 Herrn Förster Damm die leeren Zimmer übergeben.“

Inzwischen fand am 18. November Termin in der Sache statt, da die Frau Lange die Wohnung nicht räumen konnte, weil sie trotz lebhaftester Bemühungen ein anderes Unter-kommen nicht hatte finden können. Auf Antrag der Be-klagten wurde der Termin verschoben. Als Antwort auf eine Aufforderung an die Leipziger Herren, die Klage zurück-zunehmen, schreibt ihr Klagevertreter, Herr Justizrat Hille-brandt, Leipzig, „daß Ihnen Frist zur Räumung bis zum 1. Januar 1920 gegeben wird . . . Falls sie nicht bis Ende Dezember ausgezogen sind, werde ich den Prozeß wieder aufnehmen.“

Ein ganzer Apparat also, bestehend aus zwei Vertretern des Großkapitals, den Herren Hupfeld und Sommer, wie einem

ihnen willfährigen Justizrat, wird aufgeboten, um eine arme Försterswitwe aus ihrer bescheidenen Wohnung zu drängen, nur damit die Herren ein „standesgemäßes“ Unterkommen für ihre Gäste haben. Es ist dringend zu hoffen, daß die maßgebenden Regierungsstellen rücksichtslos eingreifen und so die Wohnungsnot zu beseitigen helfen, die — wie hier zu sehen — vielfach erst auf Grund antisozialer und rük-sichtslos brutaler Unternehmerrgung entsteht.

Aus den Gerichtssälen

Wer heute ins Gefängnis muß

Wegen Nötigung ist vom Landgericht B o c h u m der Berg-mann Sigmund Göbel aus Wattenscheid zu 7 Monaten Gefängnis verurteilt worden. Er gehörte zur Belegschaft der Zeche Präsident, die am 27. Februar dieses Jahres in den Streik trat. Mit etwa 40 Mann zog der Angeklagte zur Zeche Engelsburg, um auch diese Belegschaft zum Streik zu bewegen. Zur gleichen Zeit langte dort ein Leutnant mit 20 Bewaffneten vor der Zeche an, die einige Schüsse abgaben. Darauf wurden die Tore geöffnet, die Streitenden stürzten auf den Zechenplatz, verteilten sich auf die einzelnen Gebäude und holten die Bureaubeamten heraus. Der Angeklagte ging zum Betriebsführer und sagte ihm, der Generalstreik sei pro-klamiert, die Leute müßten aufhören mit arbeiten, es helfe alles nichts. Der Betriebsführer faßte die Worte des An-geklagten so auf, als ob er bei Weigerungen Mißhandlungen zu gewärtigen habe und gab seine Zustimmung. Zwei Tage später, am 19. Februar, fuhr vom Schröderschen Lokal in Bochum ein Lastauto mit Bewaffneten nach Wattenscheid, um die Zeche Zentrum trocken zu legen. Der Angeklagte bot sich zur Führung an, da er ortskundig sei. Er begab sich wieder-um zum Betriebsführer und es wiederholte sich die Sache wie bei der Zeche Engelsburg. Die Bewaffneten hielten die Leute vom Schichtwechsel ab, einer von ihnen drohte, Hand-granaten unter die Menge zu werfen. Das Gericht hat fest-gestellt, daß der Angeklagte unter Ausnutzung der bedrohlichen Lage es erreicht hat, daß die Belegschaft aus Furcht vor Mißhandlungen oder noch schlimmerem die Arbeit einstellte. Er war sich des bedrohlichen Charakters der Lage bewußt und hat sie zu seinen Zwecken ausgenutzt. Gegen das Urteil hat der Angeklagte Revision eingelegt. Er rügt, daß das Landgericht den Umstand, daß er im Auftrage des Arbeiter- und Soldatenrates gehandelt habe, nicht genügend gewürdigt habe. Das Reichsgericht war der Meinung, daß das Vor-gehen des Angeklagten durch die Aufträge des Arbeiter- und Soldatenrates nicht bedeckt sei und verwarf die Revision als unbegründet.

1000 neue Abonnenten

können zum 1. Januar leicht gewonnen werden, wenn jeder Genosse seine Pflicht tut.

Aus der Partei

Warnuna!

Ein Angestellter der berichtigten „Zentrale für Heimat-dienst“ namens Otto Schäfer, Buchdruckereifaktor in Berlin, bereist das Land und hält patriotische Vorträge für die Spar-prämienanleihe und das Betriebsrätegesetz. Schäfer gibt sich hierbei als Mitglied der U. S. P. D. aus und behauptet, Erzberger habe allen politischen Parteien Vorschläge geeigneter Agitatoren für den Heimatdienst erbeten. Er sei auf Empfehlung der Zentralkleitung der U. S. P. D. von dem Heimatdienst angestellt worden.

Selbstverständlich ist das glatter Schwindel; weder die Partei noch ihr Zentralkomitee haben mit dem Menschen etwas gemein!

Sekretärin gesucht

für die Zentrale der U. S. P., der die Förderung der Gesamt-frauenbewegung des Reiches obliegt. Bewerbungen mit Lebenslauf und Angabe über die theoretische Durchbildung, die praktische Erfahrung und die Darstellung des Aufgaben-kreises eines solchen Amtes sind bis zum 1. Januar 1920 ein-zuzusenden an die Zentrale der U. S. P., Berlin NW 6, Schiff-bauerdamm 21, Hof, drei Treppen.

Das Zentralkomitee der U. S. P.
J. A.: Luise Biez.

Mitgliederzahl und Pflingbeiträge

Durch die rechtssozialistische Presse läuft eine häßliche Notiz über die Angaben, die Genosse Dittmann auf dem Leipziger Parteitag gemacht hat, wonach seit dem März-Parteitag unsere Mitgliederzahl von 300 000 auf 750 000 gestiegen ist und vom 1. April bis 1. Oktober 184 700 Mark Pflichtbeiträge an die Parteizentrale gezahlt worden sind. Zunächst werden aus-184 700 Mark im Handumdrehen 148 700 Mark gemacht und dann wird eine Milchmädchenrechnung aufgestellt, um zu be-weisen, daß die Mitgliederzahl nicht 750 000 betragen könne, weil „nur“ 148 700 Mark an Beiträgen eingegangen seien. Dabei ist in Dittmanns Rede auf dem Leipziger Parteitag im offener Weise darüber Aufschluß gegeben worden, woher das Mißverhältnis zwischen den beiden Ziffern kommt. Dittmann sagte in Leipzig:

„Viel Mühe und Sorge hat besonders die finanzielle Fundierung all der neugeschaffenen Einrichtungen gemacht. Die Pflichtbeiträge der Bezirke an die Zentrale sind durchaus nicht in der erforderlichen Weise bei uns eingegangen, andererseits sind aus dem Lande Anforderungen über Anforderungen an die Zentrale gestellt worden. Ich sage das nicht als Vor-wurf. Beides erklärt sich durchaus natürlich aus der sprung-haften Entwicklung unserer Bewegung überall. Die Anforder-ungen allerorts waren dadurch so enorm, daß unsere Organi-sationen vielfach den Verpflichtungen der Zentrale gegenüber nur schwer nachkommen konnten, und daß andererseits sie sich genötigt glaubten, mit Anforderungen an die Zentrale heran-treten zu müssen. Aus diesem Dilemma kommen wir jetzt allmählich heraus. Allerdings, das muß ich sagen, wir haben noch Bezirke im Reich, die sich immer noch nicht daran gewöhnen können, der Zentrale zu geben, was der Zentrale gebührt. (Hört! Hört!) Ich hoffe, daß es nicht notwendig sein wird, deutlicher zu werden, daß diejenigen, die es angeht, diese sanfte Mahnung ad notam nehmen, sodas bei künftigen Gelegenheiten wir nicht mehr notwendig haben, über diesen Punkt zu reden. Wir müssen unter allen Umständen darauf bestehen, daß die Pflichtbeiträge an die Zentralkleitung abzuliefern sind, sonst ist ein geordnetes Finanzgehahren einfach unmöglich. Kommt ein Bezirk mit den verbleibenden Mitteln nicht aus, so muß er einen Antrag auf Zuschuß an die Zentrale stellen, einen anderen Weg gibt es nicht.“

In diesen Darlegungen Dittmanns ist das ganze Rätsel gelöst, über das sich der rechtssozialistische Schmierfink seinen verblödeten Schädel zerbricht. Er braucht nur die Protokolle früherer sozialdemokratischer Parteitage nachzuschlagen, um zu finden, daß selbst in normalen Zeiten auf den Parteitagen ganz ähnliche Mitteilungen und Mahnungen wie die Ditt-mann's in Leipzig von den jeweiligen Parteikassierern aus-gegangen sind. Aber die Rechtssozialisten suchen jetzt ihren Ehrgeiz darin, an Schädigkeit und Blödsinn in der Befämpfung unserer Partei noch den berichtigten Reichsverband zu über-treffen.

Von nah und fern

Das Bildnis des Pfarrers Rump

In dem Preußenbund, einer der stinkigsten Sumpfpflanzen der Reaktion, hielt der her . . . gewordene Herr Pfarrer Rump folgende Ansprache, die dem würdigen Herrn und Diener Christi alle Ehre macht:

„Früher galt es als anständig, einen Ehrenhandel unter vier Augen auszutragen. Heute wird man auf öffentlichen Wege vor seiner Frau wie von Strauchdieben überfallen. Die Autorität ist geschwunden, jene wundervolle Unterordnung. Ich stehe noch gern vor dem prachtvollen alten königlichen Berliner Schutzmänn stramm, weil er für Schutz und Ordnung sorgt. Als Autorität haben wir jetzt Frize Ebert als Präsident und Noske als Intimus von Scharz . . . Früher galt es als höchste Würde des Mannes, des Königs Rock zu tragen. Heute trinkt der Reichswehrminister Noske vier Pullen Kognak bei Scharz. Eine Generalreinigung ist nötig mit preußischem Besen, von preußischer Hand geführt. Heute schießen wir nach Ebert, morgen nach Scheidemann, übermorgen nach der „Freiheit“ und schließlich nach Theodor Wolff. Die landfremden Elemente, die wie unsaubere In-sekten über Honig und Butter herfallen, müssen aus Deutsch-land heraus . . . Ich wohnte jenem Untersuchungsausschuss bei. Dieser Gothein! Mehr will ich gar nicht sagen, sonst sperren sie mich heute abend noch ein . . . (Das ist wohl die preussische Tapferkeit? D. Red.) Auf den Schwingen des Preußenars muß das deutsche Kaiserium von Hohen-zollern wiederkommen. Kein Kaiser von Rom, aus Süd-deutschland. Mehr will ich nicht sagen! Wir wollen Hin den b u r g a l s R e i c h s p r ä s i d e n t e n. Das weitere wird er schon machen . . . Ich grüße den Mann in Amerongen, der mein Kaiser bleibt. Ich stehe auch unbeirrt zu unserem Kronprinzen.“ (Stürmischer, langanhaltender Beifall.)

Nun, auch der Preußenbund wird bald eine andere Sprache sprechen lernen.

Zum bevorstehenden Weihnachtsfeste

empfehle ich mein reich sortiertes Lager in

sämtlichen Herrenartikeln - Hüten

: Lederwaren und Sportartikeln :

Telephon 695.

Jockey-Club

Alter Markt 50.

Grösstes Spezialhaus für sämtliche Herrenartikel am Platze.

